

# Die Aussichten der privaten Durchsetzung des Kartellrechts in Georgien am Beispiel des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung

*Givi Adamia*

*Doktorand der juristischen Fakultät der Staatlichen Universität Tbilisi*

## Einleitung

Aufgrund der europäischen Erfahrung kann man sagen, dass die Durchsetzung des Kartellrechts in den frühen Stadien ihres Bestehens in der Regel durch die öffentlich-rechtlichen Mitteln erfolgte. Zusammen mit der Wettbewerbsgesetzgebung wird eine relevante Exekutivagentur eingerichtet, die befugt ist, die Vorschriften des Kartellrechts unter Verwendung verschiedener öffentlichrechtlicher Mechanismen durchzusetzen. Nach Feststellung des Verstoßes gegen das Kartellrecht kommt es jedoch darauf an, das Schadensersatz vom Täter zu verlangen ist.

Das georgische Wettbewerbsrecht sieht keine besonderen und detaillierten Verfahrensregeln vor, die für die Verwirklichung eines Schadensersatzanspruchs aufgrund eines Verstoßes gegen das Kartellrecht erforderlich sind. In dieser Hinsicht enthält das georgische Kartellgesetz (im Folgenden als "Gesetz" bezeichnet) nur eine Vorschrift mit allgemeinem Inhalt, die das Recht einer Person gewährleistet, sich bei Verstößen gegen das Gesetz direkt an ein Gericht zu wenden und Schadensersatz zu verlangen. Insbesondere erkennt Artikel 332 des Gesetzes das Recht eines Unternehmens oder anderen interessierten Subjekten an, durch die Gerichtsverhandlung die Verhinderung eines Verstoßes gegen das Wett-

bewerbsrecht und gleichzeitig Schadensersatz wegen des Verstoßes zu fordern.

Eines der wichtigsten Beispiele des Verstoßes gegen das georgische Wettbewerbsrecht ist der Missbrauch marktbeherrschender Stellung, dessen Verbot in Art. 6 des Gesetzes verankert ist. Missbräuchliche Ausnutzung der Marktmacht kann einerseits dem Wettbewerber des marktbeherrschenden Unternehmers und andererseits dem Endverbraucher erheblichen Schaden zufügen. Um einen vollständigen Ausgleich des entstandenen Schadens zu erreichen, ist es notwendig, die entsprechende gesetzliche Grundlage zu bestimmen, wonach der Schadensersatz verlangt werden kann.

Die Ansprüche auf Entschädigung des Schadens aufgrund eines Verstoßes gegen das Kartellrecht wird als private Durchsetzung des Wettbewerbsrechts bezeichnet. Damit stellt sie in verschiedenen westlichen Rechtssystemen ein zusätzlicher Mechanismus zur Durchsetzung des Wettbewerbsrechts dar, die in den letzten Jahren besondere Signifikanz erlangt hat. Bemerkenswert ist es auch, dass die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (im folgenden als EuGH bezeichnet) eine Reihe wichtiger Entscheidungen und Auslegungen enthält, die für die Entwicklung des georgischen Kartellrechts und für die Schaffung entsprechender wissenschaftli-

cher Grundlagen von wesentlicher Bedeutung sind.

### **I. Bedeutung des Schadensersatzes aufgrund des Missbrauchs marktbeherrschender Stellung für die Durchsetzung des Kartellrechts**

Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht führen zur Verhängung öffentlichrechtlicher Sanktionen. Die Haftung einer Person, die rechtswidrige Handlungen vornimmt, ist jedoch nicht auf diese Art der Bestrafung beschränkt. Solche Unternehmen können auch aufgrund der zivilrechtlichen Klage haftbar gemacht werden.

Zivilrechtliche Schadensersatzansprüche schaffen einen zusätzlichen Druckmechanismus für Wirtschaftsakteure, die ihr eigenes materielles Wohlergehen durch eine Vielzahl von wettbewerbsbeschränkenden Maßnahmen steigern möchten. Daher werden die zivilrechtlichen Ansprüche als ein Mittel der Durchsetzung des Wettbewerbsrechts (private enforcement of competition law) angesehen, das in den entwickelten westlichen Ländern allmählich an Boden gewinnt.

Verschiedene Rechtssysteme ergreifen wirksame Maßnahmen zur Festlegung privater Durchsetzung des Wettbewerbsrechts oder zur intensiven Verfeinerung bestehender Modelle. Bemerkenswert ist, dass die Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz durch Wirtschaftsakteure sowohl Verbrauchern als auch Wettbewerbern erheblichen Schaden zufügen. Deswegen kann man davon ausgehen, dass die Zahl der Ansprüche wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsrecht auch in der georgischen Realität nach und nach zunehmen wird.

Zivilrechtliche Schadensersatzansprüche können nicht nur die Funktion haben, die verletzten Rechte des Geschädigten wiederherzustellen. Sie

sind auch dazu befähigt, als ergänzender Mechanismus für die wirksame Durchsetzung des Wettbewerbsrechts und der Wettbewerbspolitik zu fungieren. Insofern führt die Erwartung einer solchen Haftung der Wirtschaftsakteure zu einer zusätzlichen abschreckenden und vorbeugenden Wirkung bei Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht. Nach der ständigen Rechtsprechung des EuGH erhöht ein solcher Schadensersatzanspruch die Durchsetzungskraft der Wettbewerbsregeln und ist geeignet, Verhaltensweisen zu verhindern, die den Wettbewerb beschränken oder verfälschen können.<sup>1</sup> Daher leisten die Schadensersatzansprüche aufgrund von Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung eines funktionsfähigen Wettbewerbs.

Die private Durchsetzung des Wettbewerbsrechts hat eine lange Geschichte. Bereits 1623 sah das englische Monopolgesetz diesbezüglich besondere Vorschriften vor. Nach diesem Gesetz hatte jede Person das Recht, vor Gericht zu klagen, wenn sie infolge der wettbewerbswidrigen Praxis einen Schaden erlitten hatte.<sup>2</sup> Der im späten neunzehnten Jahrhundert verabschiedete amerikanische "Sherman Act" sah auch die Möglichkeit vor, Schadensersatz wegen wettbewerbswidriger Maßnahmen geltend zu machen. Nach einer der frühen Urteile des US-Bundesgerichts ist der Schadensersatzanspruch einer der wirksamsten Mechanismen zur Verhinderung von Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht.<sup>3</sup>

Im Gegensatz zum angloamerikanischen Recht hat die private Durchsetzung des Wettbewerbsrechts eine geringe Rolle in der Realität der

<sup>1</sup> ECLI:EU:C:2001:465 "*Courage and Crehan*" Case C-453/99 §§ 26-27.

<sup>2</sup> *Roach/Trebikock*, Private enforcement of competition laws, 464.

<sup>3</sup> *Perma life Mufflers Inc v international parts corp*, (1968) 392 US 134, 139.

Europäischen Union gespielt.<sup>4</sup> Dies könnte auf Verfahrensregeln zurückzuführen sein, die zusätzliche Hindernisse für die Verwirklichung dieses Anspruchs geschaffen haben. In der gesamten Europäischen Union erfolgt die Durchsetzung des Wettbewerbsrechts weitgehend nach öffentlichrechtlichen Mechanismen. In jüngster Zeit ist die private Durchsetzung des Wettbewerbsrechts jedoch auch in Kontinentaleuropa relevant geworden.

Die Entscheidung des EuGH von 2001 kann als Beginn der Einrichtung der Grundmechanismen der privaten Durchsetzung des Wettbewerbsrechts in der Europäischen Union angesehen werden. In dieser Entscheidung hat der Gerichtshof festgestellt, dass das Recht auf Schadenersatz für jedermann gewährleistet werden soll, wenn eine Schädigung durch einen Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht vorliegt.<sup>5</sup> Weiterhin kann durch die EuGH Entscheidung von 2006 jedermann Ersatz des ihm entstandenen Schadens verlangen, wenn zwischen dem Schaden und wettbewerbsbeschränkendem Verhalten ein ursächlicher Zusammenhang besteht.<sup>6</sup> Bemerkenswert ist auch der Fall, dass die Europäische Union eine Sonderrichtlinie<sup>7</sup> verabschiedet hat, deren Hauptzweck darin besteht, die private Durchsetzung des Wettbewerbsrechts zu fördern und weiterzuentwickeln.<sup>8</sup>

Die Wirksamkeit und das Ausmaß der Durchsetzung des Wettbewerbsrechts kann nach der

<sup>4</sup> *Damien*, Collective Redress for Antitrust Damages 1079.

<sup>5</sup> ECLI:EU:C:2001:465 "*Courage and Crehan*" Case C-453/99 § 26.

<sup>6</sup> ECLI:EU:C:2006:461 "*Manfredi*" Joined cases C-295/04 to C-298/04 § 61.

<sup>7</sup> Directive 2004/104/EU of the European Parliament and of the Council of 26 November 2004 on certain rules governing actions for damages under national law for infringements of the competition law provisions of the Member States and of the European Union.

<sup>8</sup> *Damien*, Collective Redress for Antitrust Damages 1082.

Existenz der Wettbewerbsregeln im jeweiligen Rechtssystem und gesammelter praktischer Erfahrung bestimmt werden. Das Wettbewerbsrecht in Georgien ist ein neuer Bereich des Rechts. Daher ist es nicht verwunderlich, dass das Schicksal der Durchsetzung des Wettbewerbsrechts lediglich in den Händen des zuständigen Exekutivorgans liegt. Zu diesem Zweck ist die georgische Wettbewerbsagentur mit öffentlichrechtlichen Befugnissen ausgestattet. Bemerkenswert ist auch der Fall, dass die von der georgischen Wettbewerbsbehörde festgestellten Verstöße bis jetzt keine zivilrechtlichen Ansprüche ausgelöst haben. Im Gegensatz zu den kontinentaleuropäischen und angloamerikanischen Erfahrungen hat die private Durchsetzung des Kartellrechts in Georgien noch keine praktische Anwendung gefunden.

Dennoch ist die Kartellrechtsdurchsetzung durch private Schadenersatzklagen auch in Georgien als zusätzliches und ergänzendes Mittel der öffentlichrechtlichen Durchsetzungsmechanismen anzusehen. Sie soll einer der wichtigsten Bestandteile des georgischen Wettbewerbsrechts sein.

Der Fokus auf die private Durchsetzung könnte zu der Auffassung führen, dass dies die Rolle der georgischen Wettbewerbsagentur bei der Durchsetzung des Wettbewerbsrechts verringern würde. Diese Ansicht kann jedoch nicht insofern zugestimmt werden, als private und öffentliche Durchsetzungsmechanismen andersartige Funktionen und Aufgaben haben. Ungeachtet ihrer unterschiedlichen Hauptziele ist es möglich, beide Mechanismen gleichzeitig einzusetzen.<sup>9</sup> Die Entschädigung des Schadens, die sich aus der Rechtsverletzung ergeben hat, hat nicht die gleiche Auswirkung auf die Aufrechterhaltung und

<sup>9</sup> *Moodaliar/Reardon/Theurerkauf*, the relationship between public and private enforcement, 154.

Entwicklung des Wettbewerbs, wie traditionelle öffentlichrechtliche Mechanismen.

Der Hauptzweck der zivilrechtlichen Nebenansprüche aufgrund des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung ist die Wiederherstellung eines verletzten Rechts. Die Verhinderung von Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht ist allein ein zusätzlicher Effekt, der bei der Aufrechterhaltung und Entwicklung eines effektiven Wettbewerbs maximal genutzt werden sollte. Im Gegensatz dazu besteht das Hauptziel der öffentlichrechtlichen Durchsetzungsmechanismen nur darin, einen leistungsfähigen Wettbewerb zu gewährleisten. Es sollte jedoch auch berücksichtigt werden, dass private Individuen, die von Wettbewerbsbeschränkungen betroffen sind,<sup>10</sup> über größere Motivation verfügen, Entschädigungen zu fordern. Das wiederum dient gleichzeitig dazu, das Wettbewerbsrecht wirksamer durchzusetzen.

## **II. Art. 992 des georgischen Zivilgesetzbuches als Rechtsgrundlage für die deliktische Haftung aufgrund des Verstoßes gegen das Kartellrecht**

Bei der Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs aufgrund eines Verstoßes gegen das Kartellrecht, müssen zwei alternative Wege zur Verwirklichung dieses Anspruchs unterschieden werden. Die geschädigte Person hat die Möglichkeit, sich entweder an das Gericht zu wenden, nachdem der Verstoß von entsprechenden staatlichen Behörde festgestellt ist oder, selbständig – ohne solche Feststellung. In dieser Hinsicht wird zwischen eigenständigen Ansprüchen und Folgeansprüchen unterschieden.

Ein Folgeanspruch liegt vor, wenn das geschädigte Subjekt eine Klage gegen den Täter ein-

reicht, nachdem das staatliche Verwaltungsorgan die Zuwiderhandlung festgestellt hat. Im Falle eines eigenständigen Anspruchs kann die geschädigte Person die entsprechende Klage unabhängig von der zuständigen Behörde direkt am Gericht erheben. Der letztgenannte Weg ("eigenständiger Anspruch") ist insofern schwieriger, denn der Geschädigte muss vor Gericht selbstständig nachweisen, dass ein Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht vorliegt. Im Gegensatz dazu wurde im Fall eines Folgeanspruchs das Bestehen einer widerrechtlichen Aktion bereits von der zuständigen Behörde festgestellt. Daher trägt der Geschädigte nur die Beweislast für den Kausalzusammenhang zwischen dem Schaden und der entsprechenden rechtswidrigen Handlung. Somit ist die Wahrscheinlichkeit der Ersetzung des entstandenen Schadens im Falle eines eigenständigen Anspruchs im Unterschied zum Folgeanspruch gering. In der Regel ist es für Person praktisch unmöglich, im Bereich des Kartellrechts eine rechtswidrige Handlung eigenständig zu beweisen. Dazu ist eine langfristige Untersuchung erforderlich. Solche Möglichkeiten sind für private Personen üblicherweise nicht verfügbar. Deswegen ist der Folgeanspruch der wirksamste und realistischste Rechtsweg für die Durchsetzung des Wettbewerbsrechts und die Entschädigung von Schäden, die sich aus einem Verstoß gegen das Kartellrecht ergeben.

Die Existenz dieser beiden Anspruchsmöglichkeiten wird auch im georgischen Kartellrecht anerkannt. Insbesondere sieht Artikel 32<sup>1</sup> des Gesetzes vor, dass jeder Person das Recht zusteht, sich direkt an das Gericht zu wenden, um die Entschädigung des Schadens zu verlangen. Daher ist die Möglichkeit eines eigenständigen Schadensersatzanspruchs aufgrund der genannten Vorschrift des Gesetzes gewährleistet.

Artikel 32<sup>1</sup> des Gesetzes sollte jedoch nicht als Rechtsgrundlage für einen Schadensersatzan-

<sup>10</sup> Roach/Trebikock, Private enforcement of competition laws, 480.

spruch betrachtet werden. Diese Norm hat eine verfahrensrechtliche Natur und kann nicht als materiell-rechtliche Anspruchsgrundlage angesehen werden. Die Vorschrift gewährleistet das Recht, die Klage unabhängig von der zuständigen Behörde direkt am Gericht zu erheben und die Entschädigung des entstandenen Schadens zu verlangen.

Dementsprechend geht der Anspruch auf eine Entschädigung des Schadens über das georgische Kartellrecht hinaus. Er fällt unter dem Geltungsbereich des Zivilrechts, wobei Art. 992 des georgischen Zivilgesetzbuchs die rechtliche Grundlage für die Haftung aus unerlaubter Handlung darstellt.<sup>11</sup>

### **III. Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung als unerlaubte Handlung im Sinne von Art. 992 ZGB**

#### **1. Allgemeiner Übersicht**

Der georgische Oberste Gerichtshof qualifiziert Art. 992 ZGB als allgemeine deliktische Generalklausel, deren Hauptvoraussetzung Rechtswidrigkeit ist.<sup>12</sup> Nach den Empfehlungen des georgischen Obersten Gerichtshofs zu problematischen Fragen des Zivilrechts bedeutet die Rechtswidrigkeit im Sinne von Art. 992 ZGB eine Verletzung des absoluten subjektiven Rechts. Eine solche Verletzung verstößt wiederum gegen das Gesetz, weil sie auch gesetzlich verboten ist.<sup>13</sup> Diese Vorgehensweise des Gerichts ist sehr vage, da in diesem Fall einerseits das Konzept des absoluten subjektiven Rechts verwendet

wird und andererseits die Verletzung eines solchen Rechts in jedem Fall mit einer Verletzung des Gesetzes gleichgesetzt wird. Es ist auch nicht klar, ob die rechtswidrige Handlung, die das absolute Recht nicht verletzt zur deliktischen Haftung führt.

Jedoch schafft die spätere Entscheidung des Obersten Gerichtshofs relativ erkennbarer und deutlicher Vorstellungen zu diesen Themen. Insbesondere macht die Rechtsprechung einen klaren Unterschied im Sinne von Art. 992 ZGB zwischen Handlungs- und Erfolgsunrecht. Nach Ansicht des Obersten Gerichtshofs bedeutet das Erfolgsunrecht nur die Verletzung des absoluten Rechts. Dagegen ist die Natur und die Reichweite der gewissen Pflichten von entscheidender Bedeutung für die Bestimmung des Handlungsunrechts.<sup>14</sup> In dieser Entscheidung versucht der Gerichtshof zwei Arten der widerrechtlichen Handlung voneinander zu trennen – Verletzung des absoluten Rechts und Verstoß gegen die bestimmte Verpflichtung.

In diesem Fall ist anzunehmen, dass der Gerichtshof danach strebt, die Ansätze der deutschen Gesetzgebung und Rechtsprechung bei der Auslegung der georgischen Gesetze zu verwenden.<sup>15</sup> In Deutschland unterscheidet man zwischen Verletzung des absoluten Rechts und Zuwiderhandlung gegen das Schutzgesetz.

Die widerrechtliche Handlung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen der deliktischen Haftung im deutschen Recht. Die Rechtswidrigkeit ist nach § 823 BGB eng mit der Verletzung der folgenden absoluten Rechten verbunden: das Leben, der Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht. Die Verletzung der genannten Rechte führt direkt zur

<sup>11</sup> OGH Ent. AS-809-776-2016, 04/04/2017; OGH Ent. AS-330-2019 19/11/2019.

<sup>12</sup> OGH Ent. AS-638-605-2014 22/04/2016 § 24-25.

<sup>13</sup> Die Empfehlungen des georgischen Obersten Gerichtshofs auf die Problematischen Fragen des Zivilrechtspraxis 25/07/2007 76. 78.

<sup>14</sup> OGH Ent. AS-638-605-2014 22/04/2016 § 25.

<sup>15</sup> Vglch. *Batlidze*, durch die schuldhafte Handlung verursachte deliktische Haftung, 25.

Rechtswidrigkeit, wenn es kein Fall von Notwehr oder Notstand besteht.<sup>16</sup>

Jedoch stellt die Verletzung der absoluten subjektiven Rechte nicht die einzige rechtswidrige Handlung dar. Ein anderer Ansatz kann zur erheblichen Einschränkung des Geltungsbereiches der deliktischen Haftung führen. Eine solche Verdünnung der Rechtswidrigkeit entspricht nicht dem Willen des Gesetzgebers. Art. 992 ZGB, der in Form einer deliktischen Generalklausel formuliert ist<sup>17</sup>, soll einen möglichst breiten Handlungsspielraum haben. Aus diesem Grund spricht der georgische Oberste Gerichtshof über die Pflichten des Täters, "die Besonderheiten des Rechtsverkehrs zu berücksichtigen, bestimmte Handlungen durchzuführen oder zu unterlassen, um die Beschädigung der Rechtsgüter von anderen zu vermeiden."<sup>18</sup> Bemerkenswert ist auch, dass es über das Zivilrecht hinaus verschiedene Rechtsgebiete gibt, die durch Auferlegung bestimmter Verbote oder Anforderungen einen bestimmten verbindlichen Verhaltensstandard als Ganzes bilden, dessen Verletzung zu einer deliktischen Haftung führen kann.<sup>19</sup> In diesem Zusammenhang bietet Art. 992 ZGB eine Grundlage der zusätzlichen Haftung für die Brüche der Sondergesetze und dient zur Wiederherstellung des Rechtsstands des Geschädigten.

Das deutsche BGB enthält einen direkten Hinweis auf die widerrechtliche Handlung, die in einem Verstoß gegen eine bestimmte Norm liegt. Insbesondere sieht der zweite Absatz von § 823 BGB eine alternative Zusammensetzung der Rechtswidrigkeit vor. Nach dieser Vorschrift gilt

eine Handlung als rechtswidrig, wenn sie gegen ein spezielles Schutzgesetz verstößt. Ein Schutzgesetz ist eine Rechtsnorm, die die Interessen anderer Personen schützen soll.<sup>20</sup> Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs liegt dieses Ziel vor, wenn neben dem Schutz des öffentlichen Interesses eine besondere gesetzliche Vorschrift, die Rechte bestimmter Subjekte, Rechtsgüter oder sonstige Interessen schützt.<sup>21</sup>

Die Norm soll auch eine besondere Anforderung oder ein besonderes Verbot auferlegen.<sup>22</sup> In diesem Sinne können spezielle Normen der verschiedenen Rechtsbereiche unter dem Schutzgesetz zusammengefasst werden.<sup>23</sup> Dementsprechend ist es klar, dass unter Verstoß gegen die Verpflichtung in der oben genannten Auslegung des georgischen Obersten Gerichtshofs das deutsche Konzept des Schutzgesetzes zu verstehen ist. Im Sinne von Art. 992 des ZGB neben der Verletzung eines absoluten subjektiven Rechts auch die Verletzung eines Schutzgesetzes zur deliktischen Haftung führt.

Bei der Erörterung der deliktischen Haftung erwähnt auch der georgische Oberste Gerichtshof einen Verstoß gegen Treu und Glauben: "Eine rechtmäßige Handlung bedeutet nicht nur die Einhaltung der Anforderungen der Rechtsnormen, sondern auch solches Verhalten, das niemanden und nichts beschädigt. Daher kann das Verhalten als rechtswidrig angesehen werden, wenn es gegen die Rücksichtnahmepflichten verstößt oder von der Regel des obligatorischen Verhaltens abweicht."<sup>24</sup>

Diese Auslegung des Gerichtshofs hinterlässt den Eindruck, dass eine rechtswidrige Handlung

<sup>16</sup> Brox/Wolker, *SchldR BT* § 40. Rn. 47.

<sup>17</sup> *Rusiaschwili Giorgi*, „Reines Vermögensschaden“ – Verletzung der Rücksichtnahmepflichten oder des Schutzgesetzes, *deutsch-georgische Zeitschrift für Rechtsvergleichung*, 4/2019, 4.

<sup>18</sup> OGH Ent. AS-638-605-2014 22/04/2016 § 25.

<sup>19</sup> Wagner, in *MüKo*, § 823, Rn. 317.

<sup>20</sup> Brox/Wolker, *SchldR BT* § 40. Rn. 66.

<sup>21</sup> BGHZ 12 146; BGHZ 116 13; BGH NJW 2004 356 357.

<sup>22</sup> BGH NJW 1965 2007; BGH NJW 1977 1147.

<sup>23</sup> Brox/Wolker, *SchldR BT* § 40. Rn. 69.

<sup>24</sup> OGH Ent. AS-638-605-2014 22/04/2016 § 25.

nicht nur die durch das Schutzgesetz auferlegten Verbote und Gebote umfassen kann, sondern auch solches Verhalten, das über die gesetzlichen Vorbehalte hinausgehen kann. Insbesondere kann nach diesem Ansatz das Handeln rechtswidrig sein, wenn es gegen die allgemeinen Rücksichtnahmepflichten und verbindlichen Verhaltensregeln verstößt. Deswegen scheint dieser Ansatz nicht gerechtfertigt und unzweckmäßig zu sein.

Die in Art. 992 ZGB verankerte deliktische Generalklausel ist nicht so zu verstehen, als ob alle Handlungen, die gegen die allgemeinen Rücksichtnahmepflichten und obligatorischen Verhaltensregeln verstoßen, widerrechtlich sind. Unter der widerrechtlichen Handlung versteht man die Verletzung der bestimmten Verpflichtung einer Person. Dementsprechend soll im Einzelfall festgestellt werden, ob der Handelnde verpflichtet war, anders zu handeln.

Rechtswidrigkeit im Sinne des Deliktsrechts bedeutet Verletzung der rechtlich vorgeschriebenen Pflicht.<sup>25</sup> Dies wird auch durch die weiteren Auslegungen des georgischen Obersten Gerichtshofs selbst belegt. Das Gericht hat festgestellt, dass diejenigen, die gegen die gesetzlichen Bestimmungen und Anforderungen verstoßen, widerrechtlich handeln.<sup>26</sup>

Aus diesen Gründen sollen unter den verbindlichen Verhaltensregeln nur solche Verpflichtungen verstanden werden, die aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen dem Täter auferlegt sind. Dementsprechend müssen die allgemeinen Rücksichtnahmepflichten und obligatorischen Verhaltensregeln auch mit gesetzlichen Anforderungen oder gesetzlich geschützten Interessen

verbunden sein.<sup>27</sup> Mit anderen Worten: Die Verpflichtung zu rücksichtsvollem Verhalten muss gesetzlich vorgeschrieben sein.

Folglich kehren wir auch in diesem Fall endlich zu einer besonderen Rechtsnorm zurück, die einer Person eine Verpflichtung oder ein Gebot auferlegt. Diese gesetzlich festgelegten Verpflichtungen oder Gebote zielen darauf ab, bestimmte rechtliche Interessen zu schützen. Deswegen sollen solche gesetzlichen Bestimmungen als Schutzgesetz betrachtet werden. Eine eingehende Untersuchung dieses Themas ist jedoch nicht das Ziel vorangestellter Forschung, da es beim Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung um eine Handlung geht, die direkt gegen die gesetzliche Bestimmung verstößt.

Es ist auch anzumerken, dass unter dem Schutzgesetz nur solche Vorschriften berücksichtigt werden sollten, die darauf abzielen, die Rechtsgüter der Einzelpersonen vor Beschädigungen zu schützen. Eine solche Vorschrift sollte jedoch verbietender Natur sein; bestimmte Anforderungen stellen oder eine Verhaltensverpflichtung für bestimmte Subjekte auferlegen.

Unter Berücksichtigung der teleologischen Grundlage von Art. 992 ZGB, der Rechtsprechung des georgischen Obersten Gerichtshofs und der Ansätze der deutschen Gesetzgebung kann den Schluss gezogen werden, dass die Rechtswidrigkeit bei der Verletzung eines absoluten Rechts oder des Verstoßes gegen das Schutzgesetz vorliegt.

Mit anderen Worten: Unter der in Art. 992 ZGB verankerten deliktischen Generalklausel sollen alle rechtswidrigen Handlungen fallen, die

<sup>25</sup> *Bitchia M., Gesetzliche Schuldverhältnisse*, 277.

<sup>26</sup> OGH Ent. AS-155-145-2017 26/10/2018 § 77.

<sup>27</sup> *Rusiaschwili Giorgi, „Reines Vermögensschaden“ – Verletzung der Rücksichtnahmepflichten oder des Schutzgesetzes*, deutschgeorgische Zeitschrift für Rechtsvergleichung, 4/2019, 9.

sich aus der Verletzung des absoluten Rechts oder Schutzgesetzes ergeben. Für die Zwecke der vorliegenden Arbeit ist es dementsprechend erforderlich festzustellen, um welche Art der widerrechtlichen Handlung es beim Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung geht.

Bemerkenswert ist auch, dass die Beweislast bei den Parteien liegt.<sup>28</sup> Deswegen trägt der Kläger, der gemäß Art. 992 ZGB den Schadensersatz verlangt, die Beweislast für das Vorliegen einer rechtswidrigen Handlung in Form des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung. Gleichzeitig ist es bemerkenswert, dass nach der Zivilprozessordnung von Georgien die Umstände des Falles, die laut dem Gesetz bestimmte Arten von Beweismitteln erfordern, nicht durch andere Arten von Beweismitteln bewiesen werden dürfen. Auf den ersten Blick kann man daher den Eindruck gewinnen, dass um die Verletzung des Kartellrechts nachzuweisen, die entsprechende Entscheidung der Kartellbehörde vorliegen muss. Diese Ansicht kann jedoch nicht geteilt werden. Solche Entscheidungen sollten nicht als gesetzlich vorgeschriebenes Beweismittel angesehen werden, da der Gesetzgeber selbst das Recht einer Person anerkennt, sich direkt an das Gericht zu wenden. Mit dieser Bestimmung erlaubt der Gesetzgeber jedermann vor Gericht den Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht und das Vorliegen einer in dieser Form zum Ausdruck gebrachten rechtswidrigen Handlung zu beweisen.

## **2. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung als Verletzung eines absoluten Rechts**

Nach der Rechtsprechung des georgischen Obersten Gerichtshofs zielt die deliktische Haftung auf den Schutz eines absoluten Rechtsverhältnisses ab. In einer solchen Beziehung ist nur

eine Partei definiert; der Inhaber eines subjektiven Rechts ist beispielsweise der Eigentümer eines Gegenstands.<sup>29</sup> Ein absolutes Recht ist daher ein Recht, das ein absolutes Rechtsverhältnis zu allen Subjekten des Privatrechts herstellt und von einer bestimmten Person ausgeübt wird. Ein Beispiel für ein solches Recht ist das Eigentumsrecht. Dadurch kann man darauf schließen, dass für die Zwecke des Art. 992 ZGB absolute Rechte alle Rechte umfassen, die in den ausschließlichen Raum des Einzelnen fallen und ihn mit der Befugnis ausstatten, Eingriffe in diese Rechte von anderen Personen auszuschließen.<sup>30</sup> Ein solches absolutes Recht kann das Leben, der Körper, die Gesundheit, die Freiheit usw. sein.

In Bezug auf den Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung im Zusammenhang mit einer Verletzung eines absoluten Rechts ist anzumerken, dass Artikel 6 des Gesetzes eine breite Palette von Handlungen enthält, die für marktbeherrschende Unternehmen verboten sind. Diese Handlungen unterscheiden sich erheblich voneinander durch ihren Inhalt und ihre Umsetzungsform. Es ist jedoch bemerkenswert, dass die Rechtsnatur von diesen verbotenen Handlungen nicht ausdrücklich darauf hinweist, dass dadurch die absoluten subjektiven Rechte von anderen verletzt werden. Die Gültigkeit dieser Argumentation wird sogar durch die Tatsache gestützt, dass die Handlungen, die als Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung betrachtet werden, für die anderen Marktteilnehmer, die keine erhöhte und bedeutende Marktmacht besitzen, zulässig sind. Wenn wir davon ausgehen, dass solche Handlungen die absoluten Rechte des Einzelnen verletzen können, würden sie für andere Unternehmen auch nicht erlaubt. Beim Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung

<sup>28</sup> OGH Ent. AS-155-145-2017 26/10/2018 § 79.

<sup>29</sup> OGH Ent. AS-155-145-2017 26/10/2018 § 72

<sup>30</sup> *Batlidze*, durch die schuldhaftige Handlung verursachte deliktische Haftung, 23.



lung ist es daher unwahrscheinlich, dass das Vorhandensein einer rechtswidrigen Handlung im Sinne von Art. 992 ZGB aufgrund der Verletzung eines absoluten subjektiven Rechts nachgewiesen werden kann.

### 3. Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung als Verstoß gegen ein Schutzgesetz

Für die Zwecke von Art. 992 ZGB zielt ein Schutzgesetz darauf ab, Einzelpersonen vor Schäden an einem speziellen Rechtsgut zu schützen. Eine solche gesetzliche Regel sollte jedoch verbietende Natur haben, bestimmte Anforderungen oder Verhaltensverpflichtungen auferlegen.

Bei der Beurteilung des Vorhandenseins der unerlaubten Handlung, die sich aus dem Missbrauch einer beherrschenden Stellung ergibt, ist es entscheidend notwendig, das durch die entsprechende kartellrechtliche Vorschrift geschützte Rechtsgut genau festzustellen. Dazu ist es zunächst erforderlich, die Rechtsgüter, die einerseits durch das ganze Kartellrecht und andererseits durch den Art. 6 des Gesetzes voneinander zu trennen.

Nach der herrschenden Meinung schützt das Kartellrecht in erster Linie den Prozess eines funktionsfähigen Wettbewerbs. Die im Gesetz festgelegten besonderen Normen einschließlich Art. 6 des Gesetzes dienen wiederum dazu, die im Wettbewerbsrecht festgelegten allgemeinen Ziele zu erreichen. Nur wegen dieses Umstandes kann Art. 6 des Gesetzes als Schutzgesetz betrachtet werden.

Bei der Auslegung der genannten Vorschrift und Ermittlung der relevanten Rechtsgüter ist die Rechtsprechung des georgischen Verfassungsgerichts bezüglich der unternehmerischen

Freiheit und Wettbewerb von entscheidender Bedeutung. Laut dem Verfassungsgericht ist „die unternehmerische Freiheit ein wichtiger Ausdruck der wirtschaftlichen Freiheiten, eine Grundlage wirtschaftlicher Ordnung und nachhaltiger Marktbeziehungen. Dadurch unterstützt der Staat die freie Wirtschaft, indem die unternehmerische Tätigkeit frei ist. Nur bei der unternehmerischen Freiheit ist es einem Unternehmer möglich, einen vollständigen Teil von Handelsbeziehungen zu werden und seine geschäftlichen Fähigkeiten zu verwenden.“<sup>31</sup> Der Schutz der unternehmerischen Freiheit und die Entwicklung des freien Wettbewerbs gewährleisten die freie und vollständige wirtschaftliche Tätigkeit der Unternehmen, die eine wesentliche Voraussetzung für die Gründung und Entfaltung des offenen Marktes ist.<sup>32</sup> Um dies zu erreichen, ist der Staat verpflichtet, die entsprechende Gesetzgebung zu schaffen. Nach der Rechtsprechung des georgischen Verfassungsgerichts ist die Unterstützung der unternehmerischen Eigenständigkeit nicht nur die institutionelle Anerkennung dieser Freiheit. Der Staat ist verpflichtet, solche gesetzlichen Regelungen zu schaffen, die lebensfähige Einheiten fördert und nicht vom Markt ausschließt.<sup>33</sup>

Aufgrund der genannten Auslegungen des Verfassungsgerichts erklärt die georgische Wettbewerbsbehörde, dass die Erfüllung dieser Verpflichtung eines der (aber nicht die einzigen) Ziele des georgischen Kartellrechts ist.<sup>34</sup> Das Gesetz dient dem Zweck den freien und funktionsfähigen Wettbewerbs zu schützen, das freie Handeln zu fördern und gleiche Bedingungen für Unternehmen am Markt zu gewährleisten.

<sup>31</sup> Verfassungsgericht, 14.12.2018, N2/11/747, 6.

<sup>32</sup> Verfassungsgericht, 14.12.2018, N2/11/747, 6..

<sup>33</sup> Verfassungsgericht, 19.12.2008, N1/2/411, § 2-3.

<sup>34</sup> Wettbewerbsagentur, N04/216, 27-28.

Ein Ausdruck des freien Wettbewerbs ist die Möglichkeit für Unternehmen, unternehmerische Tätigkeit frei und unabhängig in einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsumfeld auszuüben. Dazu sollen die Unternehmen freien Zugang zu den vor- und nachgelagerten Märkten haben. Wegen des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung sind die Unternehmen von vor- und nachgelagerten Märkten ausgeschlossen und dadurch ist auch die Möglichkeit der freien und unabhängigen unternehmerischen Tätigkeit beschränkt.

Um dies zu verdeutlichen, können einige Beispiele der missbräuchlichen Ausnutzung der marktbeherrschenden Stellung herangezogen werden. Zunächst ist zu beachten, dass sie durch aktive oder passive Handlung durchgesetzt werden kann. Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern stellt eine aktive Handlung des Unternehmens dar. Lieferverweigerung kann als eine passive Handlung betrachtet werden.

Sowohl die Lieferverweigerung als auch die Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern beschränkt die Möglichkeit der freien unternehmerischen Tätigkeit für andere Unternehmen, die vom Aufbau des wirtschaftlichen Verhältnisses mit fairen Bedingungen mit dem Marktbeherrscher abhängig ist. Durch das Verbot solcher Handlungen bezweckt der Gesetzgeber die Interessen anderer Unternehmen und ihre Rechtsgüter zu schützen. Daher sollte beim Schadensersatzanspruch nach Art. 992 ZGB aufgrund des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung, Art. 6 des Gesetzes als Schutzgesetz und seine Verletzung als widerrechtliche Handlung betrachtet werden.

Der Schutz anderer Marktteilnehmer ist jedoch nicht der einzige Gegenstand von Art. 6 des

Gesetzes. Er schützt auch Endverbraucher. Bezüglich der geschützten Rechtsgüter unterscheidet die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zwei Aspekte. Insbesondere danach schützen die Regelungen hinsichtlich der missbräuchlichen Ausnutzung der marktbeherrschenden Stellung sowohl Handelspartnern als auch Endverbraucher.<sup>35</sup> Nach der Rechtsprechung des EuGH besteht der Zweck des Verbots der missbräuchlichen Ausnutzung der marktbeherrschenden Stellung darin, die Maßnahmen zu verhindern, die den Wettbewerb einschränken und dadurch den Marktteilnehmer und Endverbraucher erhebliche Schäden zufügen können.<sup>36</sup>

Daher haben die Endverbraucher neben den Unternehmen auch die Möglichkeit, gemäß Art. 992 ZGB einen Ersatz des Schadens zu verlangen, der ihnen durch den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung entstanden ist.

Außerdem legt Art. 6 des Gesetzes auch den besonderen Verhaltensmaßstab für das marktbeherrschende Unternehmen fest, der in erster Linie darin besteht, die durch das gesamte Kartellrecht und insbesondere durch Art. 6 des Gesetzes geschützten Rechtsgüter nicht zu verletzen.

Nach der Rechtsprechung des EuGH hat ein Marktbeherrscher die besondere Verantwortung dafür, ein wettbewerbsfähiges Wirtschaftsumfeld nicht zu stören.<sup>37</sup> Darüber hinaus hat der EuGH entschieden, dass die Regelungen hinsichtlich der missbräuchlichen Ausnutzung der marktbeherrschenden Stellung für solche Handlungen gelten, die „die Struktur eines Marktes

<sup>35</sup> ECLI:EU:C:1996:436 *„Tetra Pak“* Case C-333/94 P § 42; ECLI:EU:C:2011:83 *„TeliaSonera“* Case C-52/09 § 24.

<sup>36</sup> ECLI:EU:C:2011:83 *„TeliaSonera“* Case C-52/09 § 22.

<sup>37</sup> ECLI:EU:C:2011:83 *„TeliaSonera“* Case C-52/09 § 24; ECLI:EU:C:2009:214 *„France Télécom“* Case 202.07 § 105; ECLI:EU:C:1973:22 *„Continental Can“* Case 6/72 § 26; ECLI:EU:C:1983:313 *„Michelin I“* Case 322/81 § 57.

beeinflussen können, auf dem der Wettbewerb gerade wegen der Anwesenheit des fraglichen Unternehmens bereits geschwächt ist und die die Aufrechterhaltung des auf dem Markt noch bestehenden Wettbewerbs oder dessen Entwicklung durch die Verwendung von Mitteln behindern, welche von den Mitteln eines normalen Produkt- oder Dienstleistungswettbewerbs auf der Grundlage der Leistungen der Marktbürger abweichen.“<sup>38</sup>

Die Vorschrift, die den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung verbietet, gilt auch als Schutzgesetz nach der deutschen Rechtsprechung im Sinne des § 823 Abs. 2 BGB.<sup>39</sup> Dementsprechend beruht die deliktische Haftung des Unternehmens aufgrund der missbräuchlichen Ausnutzung der Marktmacht in Deutschland auf § 823 Abs. 2 BGB und die Rechtswidrigkeit wird durch die Tatsache nachgewiesen, dass die entsprechende Verbotsnorm des Kartellrechts ein Schutzgesetz ist, deren Verletzung als rechtswidrige Handlung qualifiziert wird.

#### IV. Schaden und Schadensersatzberechtigte

Nach § 992 BGB ist das Vorhandensein des Schadens auch eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Haftung aus unerlaubter Handlung. Der Schaden wird in der Rechtsprechung des georgischen Obersten Gerichtshofs als ein notwendiges Element der Tat dargestellt.<sup>40</sup> Danach umfasst der Schaden im Zivilrecht alle negativen Folgen, die durch die Auswirkungen auf das Eigentum oder anderen Rechtsgüter verur-

sacht wird.<sup>41</sup> Nach der deutschen Rechtsprechung wird zur Ermittlung der Höhe des Schadens die theoretisch bestehende Vermögenslage ohne Schaden und die tatsächliche Vermögenslage mit Schaden verglichen.<sup>42</sup> Die daraus entstehende Differenz bestimmt dann die Höhe des zu zahlenden Schadensersatzes. Dementsprechend kann ein Schaden im Sinne von Art. 992 ZGB ein materieller oder immaterieller Verlust sein, den eine bestimmte Person infolge einer rechtswidrigen Handlung erleidet. Um jedoch die Schadensarten, das Ausmaß und den genauen Kreis der betroffenen Personen zu bestimmen, müssen die speziellen Fälle des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung in Betracht gezogen werden.

Art. 6 des Gesetzes sowie Art. 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sehen verschiedene Formen des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung vor. Um jedoch die unerlaubte Handlung im Sinne des § 992 BGB festzustellen, die mit der missbräuchlichen Ausnutzung der Marktmacht verbunden ist, ist nur das Vorhandensein der Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs nicht ausreichend. Dadurch muss auch der Schaden für bestimmte Personen entstanden sein. Gemäß der allgemeinen Unterscheidung kann ein Verstoß gegen Art. 6 des Gesetzes in Form vom Ausbeutungs- und Behinderungsmissbrauch stattfinden.

Ein klassisches Beispiel für Ausbeutungsmissbrauchs ist die Erzwingung von unangemessenen Einkaufs- oder Verkaufspreisen für Waren und Dienstleistungen, die sich direkt auf den Endverbraucher auswirken. In diesem Fall kann die Höhe des dem Verbraucher zugefügten Schadens durch einen Vergleich zwischen dem Zustand,

<sup>38</sup> ECLI:EU:C:1979:36 „Hoffman-La Roche“ Case 85/76 § 91; ECLI:EU:C:2009:214 „France Télécom“ Case 202.07 § 104; ECLI:EU:C:1983:313 „Michelin I“ Case 322/81 § 70.

<sup>39</sup> Busche, in KöllKom, Band 3. § 102 Rn. 217; Wagner, in MüKo, § 823, Rn. 332; BGH NJW 1993 1580 1581.

<sup>40</sup> OGH Ent. AS-155-145-2017 26/10/2018 § 75.

<sup>41</sup> OGH Ent. AS-155-145-2017 26/10/2018 § 75.

<sup>42</sup> OGH Ent. AS-155-145-2017 26/10/2018 § 76.

der nach Ausbeutungsmisbrauch besteht, mit dem Zustand ohne diese rechtswidrige Handlung ermittelt werden.

Die Einschränkung der Erzeugung eines Absatzes oder der technischen Entwicklung zum Schaden des Verbrauchers, die Anwendung unterschiedlicher Bedingungen gegenüber Handelspartnern und solchen anderen Handlungen, können als Behinderungsmisbrauch betrachtet werden. In solchen Fällen sollte der Schaden nach dem gleichen Prinzip berechnet werden wie beim Ausbeutungsmisbrauch. Bemerkenswert ist, dass die von derartigen Handlungen betroffenen Subjekten nicht nur die Endverbraucher, sondern auch Wettbewerber oder andere Unternehmen sein können.

Angesichts dieser Arten des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung kann sie sowohl den Unternehmen als auch den Endverbraucher einen erheblichen Schaden zufügen. Die Klage bezüglich des Schadensersatzes kann daher von Endverbraucher, Wettbewerbern oder anderen Marktteilnehmern erhoben werden.

Der Rechtsstreit über einen Schadensersatzanspruch aufgrund eines Verstoßes gegen das Wettbewerbsrecht kann jedoch mit erheblichen Hindernissen verbunden sein. In der Regel verfügen die Unternehmen über ausreichende Ressourcen, um ihre Interessen vor Gericht vollständig zu verteidigen. Bei den Verbrauchern ist die Lage völlig anders. Im Gegensatz zu Unternehmen haben Endverbraucher nicht die ausreichenden Ressourcen, um Rechtsstreitigkeiten unabhängig zu verfolgen und eine vollständige Entschädigung für den erlittenen Schaden zu erreichen.

Eine der Hauptschwierigkeiten ist auch die Ermittlung des genauen Kreises der Geschädigten. Ein wesentlicher Faktor für diese Komplexität ist die Tatsache, dass die Anzahl der betroffe-

nen Subjekten äußerst groß ist, insbesondere wenn die missbräuchliche Ausnutzung der Marktmacht die Konsumgüter und Dienstleistungen betrifft.

Bemerkenswert ist auch, dass der Schaden für einzelne Personen sehr klein sein kann. Die geringwertigkeit an Schaden, die eine bestimmte Person erleidet, schafft zusätzliche Schwierigkeiten. Die Höhe des Schadens kann nicht so hoch sein, dass sie den Wunsch und die Motivation weckt, vor Gericht eine entsprechende Klage zu erheben. Dies gefährdet wiederum die Wirksamkeit der privaten Durchsetzung des Wettbewerbsrechts, die von der Bereitschaft und Fähigkeit der Geschädigten abhängt, den Ersatz des Schadens vor Gericht zu verlangen.

Um dieses Problem zu beseitigen und europaweit einheitliche Mechanismen zu schaffen, wurde auf EU-Ebene eine Sonderrichtlinie verabschiedet,<sup>43</sup> die dazu dient, aus dem Verstoß gegen die Wettbewerbsregeln abgeleitete Schäden vollständig auszugleichen und die private Durchsetzung des Kartellrechts zu fördern. Diese Richtlinie spiegelt wiederum die Rechtsprechung des EuGH wider. Insbesondere der Gerichtshof hat mehrmals festgestellt, dass zur Schaffung wirksamer Mechanismen für die private Durchsetzung des Kartellrechts jedermann die Möglichkeit haben soll, den Ersatz des ihm entstandenen Schadens zu verlangen, wenn zwischen dem Schaden und einer nach dem Kartellrecht verbo-

---

<sup>43</sup> Directive 2014/104/EU of the European Parliament and of the Council of 26 November 2014 on certain rules governing actions for damages under national law for infringements of the competition law provisions of the Member States and of the European Union Text with EEA relevance <http://data.europa.eu/eli/dir/2014/104/oj> (20.12.2019)

tenen Handlung oder Verhalten ein ursächlicher Zusammenhang besteht.<sup>44</sup>

Nach Ansicht der Europäischen Kommission kann ein kollektiver Schadensersatzanspruch ein geeigneteres Mittel sein, um Rechtsschutz zu erhalten, als wenn bei Individualklagen die Verfahrenskosten die Geschädigten davon abhalten würden, vor Gericht zu gehen.<sup>45</sup> Darunter ist ein umfangreiches gerichtliches Verfahren bezüglich des gemeinsamen Anspruchs auf Schadensersatz zu verstehen. In solchen Fällen sind die Verbraucherverbände dazu berechtigt, gemeinsame Klage vor Gericht zu erheben und am Ende jedem Endverbraucher eine angemessene Entschädigung zu gewähren.

Der kollektive Schadensersatzanspruch sollte in dieser Hinsicht als das effektivste Mittel angesehen werden, um den Schaden auszugleichen und die wirksame private Durchsetzung des Kartellrechts zu gewährleisten.<sup>46</sup> Auf EU-Ebene wurden diesbezüglich ausreichende Erfahrungen gesammelt, um ein vollständiges Bild davon zu erhalten, wie ein kollektiver Schadensersatzanspruch in der Praxis umgesetzt werden kann.

In den Empfehlungen der Europäischen Kommission<sup>47</sup> wird zwischen Unterlassungsklagen und Schadensersatzklagen unterschieden. Durch die Unterlassungsklagen können zwei oder mehr als zwei natürliche oder juristische Personen oder eine zur Erhebung einer Vertretungsklage be-

fugte Einrichtung die Einstellung einer rechtswidrigen Verhaltensweise verlangen..

Beim kollektiven Rechtsschutz ist es möglich, viele kleine Ansprüche zu bündeln und einem Unternehmen, das seine Marktmacht missbraucht hat, im Rahmen einer einzigen Klagen eine deliktische Haftung aufzuerlegen. Solch eine Möglichkeit kann großen Anreiz für Privatpersonen und Anwälte schaffen, einen Schadensersatzanspruch vor Gericht geltend zu machen. Dadurch können diese Subjekte sogar die Durchsetzung des Kartellrechts fördern.<sup>48</sup> Ein kollektiver Schadensersatzanspruch kann auch bequemer für den Rechtsverletzer sein. Damit kann der Beklagte viele Rechtsstreitigkeiten verhindern und in einem einzigen Verfahren sich gegen allen Ansprüche verteidigen.<sup>49</sup>

## V. Zuständiges Gericht

Bei den Schadensersatzklagen wegen Verletzung des Kartellrechts ist die Bestimmung des zuständigen Gerichts anhand der heutigen georgischen Gesetzgebung eine der größten Herausforderungen. Nach Art. 28 Abs. 2 des Gesetzes ist das Stadtgericht von Tbilisi das zuständige Gericht für die Streitigkeiten über einen Verstoß gegen das georgische Kartellgesetz. In dieser Hinsicht ist es problematisch festzustellen, auf welche Art von Streit sich diese Vorschrift bezieht. Insbesondere gilt dies nur für Fälle von Beschwerden gegen Entscheidungen der Kartellbehörde oder des zivilrechtlichen Schadensersatzanspruchs wegen Verstoßes gegen das Kartellrecht.

Bei den Schadensersatzklagen handelt es sich nicht um die Feststellung eines Verstoßes gegen das Wettbewerbsrecht, sondern um einen Scha-

<sup>44</sup> ECLI:EU:C:2006:461 "*Manfredi*" Joined cases C-295/04 to C-298/04 § 61.

<sup>45</sup> Commission staff working paper § 49.

<sup>46</sup> *Moodaliyar/Reardon/Theurerkauf*, The relationship between public and private enforcement, 152.

<sup>47</sup> Empfehlung der Kommission vom 11. Juni 2013, Gemeinsame Grundsätze für kollektive Unterlassungs- und Schadensersatzverfahren in den Mitgliedstaaten bei Verletzung von durch Unionsrecht garantierten Rechtenommission Recommendation.

<sup>48</sup> *Damien*, Collective Redress for Antitrust Damages, 1079.

<sup>49</sup> *Damien*, Collective Redress for Antitrust Damages, 1079.

densersatzanspruch aufgrund des Art. 992 ZGB. Im Art. 28 des Gesetzes verweist der Gesetzgeber jedoch direkt auf den Streit, wo es um die Verletzung des Wettbewerbsrechts geht. Daher befasst sich diese Vorschrift des Gesetzes nur mit Streitigkeiten zwischen der Wettbewerbsbehörde und dem Täter. Der Rechtsstreit fällt dementsprechend in die Zuständigkeit des Verwaltungsrechts, sofern der Verstoß gegen das Kartellrecht durch Erlass eines Verwaltungsakts festgestellt wird. Ein Schadensersatzanspruch wegen Verstoß gegen das Kartellrecht führt zu einem zivilrechtlichen Streit zwischen dem Geschädigten und dem Schädiger. Daher soll Art. 28 des Gesetzes nicht für solche Streitigkeiten gelten. Das zuständige Gericht für Schadensersatzklagen soll deswegen auf Grundlage der georgischen Zivilprozessordnung festgestellt werden.

#### **VI. Verjährungsfrist für Schadensersatzansprüche wegen missbräuchlicher Ausnutzung der Marktmacht**

Eine der problematischen Fragen bezüglich der deliktischen Haftung wegen der missbräuchlichen Ausnutzung der Marktmacht ist die Bestimmung der Verjährungsfrist des Schadensersatzanspruchs. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Gewährleistung des entsprechenden Schadensersatzanspruchs und Ausgleichs des entstandenen Schadens meistens von der Vernünftigkeit der Verjährungsfrist abhängt.

Bei der Beurteilung der Angemessenheit der Verjährungsfristen ist es wichtig, die Besonderheiten der unerlaubten Handlung aufgrund des Verstoßes gegen das Kartellrecht und der Durchsetzung des diesbezüglichen Anspruchs in Betracht zu ziehen. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, sich die Möglichkeiten zur Verwirklichung des genannten Anspruchs zu berücksichtigen, insbesondere die Unterscheidung zwi-

schen den selbstständigen Ansprüchen und Folgeansprüchen. Man bemerkte, dass es komplizierter ist, beim eigenständigen Anspruch einen Verstoß gegen das Kartellrecht nachzuweisen. Im Gegensatz hat beim Folgeanspruch schon die zuständige Behörde die Rechtswidrigkeit festgestellt und die Geschädigte trägt nur die Beweislast des Schadens und des Kausalzusammenhangs. Daher ist es klar, dass der letztere Weg einen leichteren und effektiveren darstellt, um die Entschädigung des Schadens zu erreichen.

Engere Fristen können jedoch ein unüberwindbares Hindernis für die Realisierung dieses Anspruchs schaffen. Laut EuGH könnte eine kürzere Verjährungsfrist die Geltendmachung der Klage, auf Ersatz des durch dieses verbotene Verhalten entstandenen Schadens, praktisch unmöglich machen.<sup>50</sup> Diese Schwierigkeit ist darauf zurückzuführen, dass die Feststellung eines Verstoßes gegen das Wettbewerbsrecht durch das zuständige Exekutivorgan und das anschließende Inkrafttreten der Entscheidung ein komplexer Prozess ist, der sehr lange dauert.

Unter Berücksichtigung der genannten Schwierigkeiten bei der Geltendmachung von Schadensersatz wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsrecht und der einschlägigen Rechtsprechung des EuGH sieht die Richtlinie eine obligatorische Mindestverjährungsfrist vor und legt die konkreten Fälle fest, in denen diese Frist ausgesetzt werden soll.

Nach Artikel 10 der Richtlinie ist es wichtig, dass die Verjährungsfrist für Schadensersatzansprüche wegen Verstoßes gegen das Kartellrecht mindestens fünf Jahre beträgt. In bestimmten Fällen wird auch die Notwendigkeit einer Suspendierung des Ablaufs der Verjährungsfrist

<sup>50</sup> ECLI:EU:C:2006:461 „*Vincenzo Manfredi*“ Joined cases C-295/04 to C-298/04 § 78.

festgestellt. Insbesondere sollte gemäß Art. 10 Abs 4 der Richtlinie die Verjährungsfrist ausgesetzt werden, wenn die Wettbewerbsbehörde einen mutmaßlichen Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht untersucht. Es ist daher klar, dass die Anforderungen der Richtlinie dazu dienen, eine angemessene Verjährungsfrist für Schadensersatzansprüche aufgrund wettbewerbsbeschränkenden Verhalten festzulegen. Ein solcher Ansatz in der gesamten Europäischen Union gewährleistet die Förderung der privaten Durchsetzung des Wettbewerbsrechts und die Schaffung der effektiven Mechanismen zur Wiederherstellung der Rechte der Geschädigten. Eine solche Verjährungsfrist und die Möglichkeit ihrer Aussetzung bieten dem Opfer die gute Gelegenheit, zunächst die Verletzung des Wettbewerbsrechts durch die Wettbewerbsbehörde (während, der die Verjährungsfrist suspendiert ist), festzustellen und nach dem Inkrafttreten der entsprechenden Entscheidung den Schadensersatz zu verlangen.

Eine besondere Vorschrift, die die Verjährungsfrist in der georgischen Gesetzgebung regelt ist Art. 27 des Gesetzes. Danach wird die Verjährungsfrist für Streitigkeiten aus Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht auf drei Jahre festgesetzt. Die gleiche Verjährungsfrist für unerlaubte Handlungen ist auch in Art. 1008 ZGB festgelegt.<sup>51</sup>

Deswegen ist es schwierig, die anwendbaren Bestimmungen genau zu beschließen, die für die Schadensersatzansprüche wegen Verstoßes gegen das Kartellrecht ihre Anwendung findet. Ferner ist problematisch festzustellen, ob Art. 27 des Gesetzes nur zu den öffentlich-rechtlichen Mitteln zählt oder es auch möglich ist, aufgrund dieser Vorschrift einen Schadensersatzanspruch geltend zu machen. Beide Normen sehen jedoch

gleiche Verjährungsfrist vor. Es ist daher klar, dass die Verjährungsfrist für einen Schadensersatzanspruch aufgrund eines Verstoßes gegen das Wettbewerbsrecht einschließlich des Missbrauchs einer beherrschenden Stellung drei Jahre beträgt.

Um die Angemessenheit der dreijährigen Verjährungsfrist für die deliktische Haftung aufgrund der wettbewerbsbeschränkenden Maßnahmen beurteilen zu können, ist es erforderlich, die entsprechende gesetzliche Vorschriften zu analysieren. Zunächst ist zu beachten, dass die Frist für die georgische Wettbewerbsbehörde, um die rechtswidrige Handlung festzulegen, ein Jahr überschreiten kann. Die Parteien haben dann sogar die Möglichkeit, gegen die Entscheidung der Wettbewerbsagentur bei Gericht eine Beschwerde einzulegen, wobei die Anhörung des Falles ebenfalls viel Zeit erfordert. Insgesamt kann es mehr als drei Jahre dauern, bis die Entscheidung der Wettbewerbsbehörde in Kraft tritt. Solch lange Zeit wiederum behindert die Durchsetzung der Schadensersatzansprüche aufgrund von Verstößen gegen das Kartellrecht. Deswegen ist die dreijährige Verjährungsfrist in solchen Fällen sehr kurz und nicht ausreichend. Sie liegt weniger im Einklang mit den Besonderheiten des Schadensersatzanspruchs, der sich aus den wettbewerbsbeschränkenden Handlungen ergibt und schließt die Möglichkeit der Verwirklichung dieses Anspruchs aus. Darüber hinaus steht die dreijährige Verjährungsfrist erheblich im Widerspruch zu den jüngeren Ansätzen der Europäischen Union und behindert die Entwicklung der privaten Durchsetzung des Kartellrechts. Daher ist es ratsam, eine besondere Verjährungsfrist für den Schadensersatzanspruch aufgrund eines Verstoßes gegen das Kartellrecht vorzusehen.

Für die Verwirklichung eines deliktischen Anspruchs wegen Verstoßes gegen das Wettbe-

<sup>51</sup> OGH Ent. AS-1322-2018, 04.04.2019, 180.

werbsrecht ist es auch von entscheidender Bedeutung, den Beginn des Laufs der Verjährungsfrist genau zu bestimmen. Art. 27 des Gesetzes enthält diesbezüglich keinen besonderen Verweis. Gemäß Art. 1008 des Strafgesetzbuchs beginnt die Verjährungsfrist jedoch ab dem Zeitpunkt, an dem der Geschädigte von dem Schaden oder Verbrechen erfährt. Laut dem georgischen Obersten Gerichtshofs definiert dieser Artikel den Zeitraum, in dem das Opfer Schadensersatz vom Täter verlangen kann.<sup>52</sup>

Der georgische Oberste Gerichtshof gibt auch eine sehr interessante und originelle Erklärung zum Beginn der im Art. 1008 ZGB vorgesehenen Verjährungsfrist ab. Der Gerichtshof stellt fest, dass der Beginn der Verjährungsfrist von der Art des Verfahrens für den Schadensersatzanspruch abhängt. Nach dieser Rechtsprechung wird jedoch die Frage des Anfangs der Verjährungsfrist je nach dem vom Kläger gewählten Verfahrensweg unterschiedlich entschieden. Beim normalen Verfahren beginnt die Verjährungsfrist ab dem Tag, an dem das Opfer von dem Schaden oder Täter erfährt. Im Gegensatz fängt beim besonderen Verfahren die Verjährungsfrist ab dem Zeitpunkt des Erlasses des verwaltungsrechtlichen Rechtsakts an. Es ist aber unklar, auf welcher Rechtsgrundlage ein solcher Ansatz des Gerichtshofs beruht, da das Recht unmittelbar den Anfangsmoment bestimmt, der nicht davon abhängen kann, welche Verfahrensart der Kläger anwenden wird. Die Verjährungsfrist und ihr Ausgangspunkt sind objektive Kategorien und hängen nicht von der gewählten Verfahrensart ab. Art. 1008 ZGB definiert direkt den Anfangsmoment der Laufzeit, der sich auf den Zeitpunkt bezieht, zu dem der Geschädigte von dem Schaden oder Täter erfährt. Insoweit gibt es keine außergewöhnliche Rechtsvorschrift, auf deren Grundlage vom Beginn der Verjährungsfrist für

verschiedene Arten von Rechtsstreitigkeiten abweichend bestimmt werden könnte.

Es ist jedoch zu beachten, dass die oben genannte Auslegung des Obersten Gerichtshofs den Geschädigten hilft, die Verjährungsfrist nicht zu verpassen und die Wiederherstellung verletzter Rechte sicherzustellen. Dies beruht auf der Tatsache, dass der Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung von einer zuständigen Behörde durch Erlass eines Verwaltungsakts festgestellt wird. Dementsprechend beginnt nach der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs in einem solchen Fall die Verjährungsfrist nicht ab dem Zeitpunkt, an dem das Opfer von den relevanten Umständen erfährt, sondern ab dem Inkrafttreten des Verwaltungsaktes.

Ungeachtet der oben erwähnten Auslegung des georgischen Obersten Gerichtshofs gibt es im georgischen Recht noch keine spezielle Grundlage für die Bestimmung der Verjährungsfrist in Bezug auf die Schadensersatzansprüche, die wegen der missbräuchlichen Ausnutzung der Marktmacht entstehen. Dementsprechend soll die Klage vor Gericht innerhalb von drei Jahren ab dem Zeitpunkt erhoben werden, an dem der Geschädigte von dem Schaden oder Täter erfahren hat. Die Entscheidung der Wettbewerbsbehörde zur Feststellung eines Verstoßes gegen das Kartellrecht und das Inkrafttreten dieser Entscheidung kann jedoch die dreijährige Frist ab dem Zeitpunkt, an dem der Geschädigte von dem Schaden oder Täter erfahren hat, überschreiten. Dies ist ein zusätzlicher Ausschließungsgrund für die Realisierung des entsprechenden Schadensersatzanspruchs.

Eine solche Lösung der Frage schafft ein zusätzliches Problem, wenn die widerrechtliche Handlung dauerhafte Natur hat. In einem solchen Fall kann die Verjährungsfrist bis zum Ende des Verstoßes ablaufen, wenn die Verjährungs-

<sup>52</sup> OGH Ent. AS-247-237-2013, 01/07/2013.



frist ab dem Zeitpunkt beginnt, an dem das betreffende Subjekt über die relevanten Umstände Auskunft erlangt hat. Laut EuGH schließt deswegen ein solcher Ansatz die deliktische Haftung des Täters aus.<sup>53</sup>

Um ähnliche Probleme zu vermeiden und eine einheitliche und wirksame Durchsetzung des Wettbewerbsrechts in der gesamten Europäischen Union zu gewährleisten, verpflichtet die Richtlinie die EU-Mitgliedstaaten, dafür zu sorgen, dass der Lauf der Verjährungsfrist nicht bis zur Beendigung der wettbewerbsbeschränkenden Handlung endet.

Neben der Festlegung des Ausgangspunkts der Verjährungsfrist verpflichtet die Richtlinie die Mitgliedstaaten, die Möglichkeit einer Aussetzung des Ablaufes der Frist vorzusehen. Nach Art. 10 Abs. 4 der Richtlinie ist es erforderlich, die Verjährungsfrist auszusetzen, falls die zuständige Behörde einen mutmaßlichen Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht untersucht, auf dem ein Schadensersatzanspruch könnte. In diesem Fall soll die Verjährungsfrist gemäß der Richtlinie frühestens ein Jahr nach der endgültigen Entscheidung der zuständigen Behörde weiterlaufen. Ein solcher Ansatz garantiert eine Möglichkeit für den Geschädigten, Schadensersatz durch einen Folgeanspruch zu verlangen.

Aus den in der Richtlinie erörterten Ansätzen geht hervor, dass durch die Festlegung der maximalen Verjährungsfrist die Interessen der Geschädigten angemessen zu schützen sind. Darüber hinaus stellt der in der Richtlinie vorgesehene Beginn der Verjährungsfrist und Möglichkeit der Aussetzung ihres Ablaufs sicher, dass die geschädigte Person in der Lage ist, den durch die wettbewerbsbeschränkende Handlung zugefügten Schaden vollständig ersetzen zu lassen.

Schließlich ist es auch bemerkenswert, dass solche Regelungen die Wirksamkeit der privaten Durchsetzung des Kartellrechts gewährleisten.

Die oben genannten europäischen Ansätze zeigen, dass die georgische Gesetzgebung erhebliche Mängel in Bezug auf die deliktische Haftung aufgrund des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung und die private Durchsetzung des Kartellrechts beinhaltet. Um diese Lücken zu beseitigen, muss die georgische Gesetzgebung die besondere Verjährungsfrist für die Geltendmachung von Schadensersatz wegen Verstoßes gegen das Kartellrecht und die Einführung spezieller Regelungen für den Beginn oder Aussetzung der Verjährungsfrist einführen.

### Fazit

Die Forschung hat ergeben, dass der Schadensersatzanspruch wegen des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung ein Sonderfall der unerlaubten Handlung darstellt, der unter den Art. 992 ZGB fällt. Gleichzeitig wurde aufgrund der europäischen Erfahrung dargestellt, dass solche Schadensersatzklagen für die Durchsetzung des Kartellrechts von entscheidender Bedeutung ist.

Die vorliegende Arbeit analysiert auch die Rechtsprechung des georgischen Obersten Gerichtshofs in Bezug auf die deliktische Haftung. In Anbetracht der deutschen Ansätze wurden die Voraussetzungen der Haftung aus unerlaubter Handlung und die Elemente der Widerrechtlichkeit aufgedeckt. Es wurde auch bestimmt, dass der Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung nur mit weniger Wahrscheinlichkeit zur Verletzung des absoluten subjektiven Rechts führt. Auf der Grundlage der deutschen Praxis wurde jedoch festgestellt, dass es sich bei einem sol-

<sup>53</sup> ECLI:EU:C:2006:461 „Vincenzo Manfredi“ Joined cases C-295/04 to C-298/04 § 79.

chen Fall um den Verstoß gegen ein Schutzgesetz handelt.

Weiterhin wurde auch die Bedeutung des kollektiven Rechtsschutzes für die vollständige Entschädigung, des durch den Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung entstandenen Schadens, dargestellt.

Eine Analyse der bestehenden georgischen Gesetzgebung ergab, dass ein Schadensersatzanspruch aufgrund eines Verstoßes gegen das Wettbewerbsrecht zu einem zivilrechtlichen Streit zwischen dem Täter und dem Geschädig-

ten führt. Ungeachtet des Wortlauts von Art. 28 des Gesetzes sollte die Bestimmung des zuständigen Gerichtes aufgrund der georgischen Zivilprozessordnung festgelegt werden.

Am Ende wurde schlussgefolgert, dass die im ZGB festgelegte Verjährungsfrist die deliktische Haftung aufgrund des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung praktisch ausschließt. Die Arbeit legt daher besonderes Augenmerk auf die Bedeutung der speziellen Verjährungsfristen für Schadensersatzansprüche, die aus den Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht abgeleitet werden.

## კონკურენციის სამართლის კერძო აღსრულების პერსპექტივები საქართველოში დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების მაგალითზე

გივი ადამია

თსუ-ის იურიდიული ფაკულტეტის დოქტორანტი

### შესავალი

განვითარებული ევროპული სახელმწიფოების პრაქტიკაზე დაყრდნობით, შეიძლება ითქვას, რომ კონკურენციის კანონმდებლობის არსებობის საწყის ეტაპზე, მისი აღსრულება, ჩვეულებრივ შემთხვევაში, საჯაროსამართლებრივი მექანიზმების გამოყენებით ხდება. კონკურენციის კანონმდებლობასთან ერთად იქმნება შესაბამისი აღმასრულებელი უწყება, რომელიც უფლებამოსილია სხვადასხვა სახის საჯაროსამართლებრივი მექანიზმების გამოყენებით აღასრულოს აღნიშნული კანონმდებლობა. თუმცა, დროთა განმავლობაში, კონკურენციის კანონმდებლობის საწინააღმდეგო ქმედებების იდენტიფიცირებისა და შესაბამისი სამართალდარღვევის დადგენის შემდეგ, დღის წესრიგში მსგავსი მართლსაწინააღმდეგო ქმედების შედეგად დამდგარი ზიანის ანაზღაურების საკითხიც დგება.

ამასთან, საქართველოს კონკურენციის კანონმდებლობა არ ითვალისწინებს რაიმე სახის სპეციალურ და დეტალურ ნორმათა ერთობლიობას კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის რეალიზებისათვის აუცილებელ პროცედურულ წესებთან დაკავშირებით. ამ კუთხით „კონკურენციის შესახებ“ საქართველოს კანონი (შემდგომში - „კანონი“) შეიცავს მხოლოდ ერთადერთ ზოგადი შინაარსის ნორმას, რომელიც გარანტირებულს ხდის პირის უფლებას, კანონის დარღვევის შემთხვევაში მიმართოს პირდაპირ სასამართლოს და მოითხოვოს შესაბამისი ზიანის ანაზღაურება. კერძოდ, კანონის 33<sup>2</sup>-ე მუხლი აღიარებს ეკონომიკური

აგენტის ან სხვა დაინტერესებული პირის უფლებას, პირდაპირ მიმართოს სასამართლოს კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის აღკვეთისა და დარღვევის შედეგად მიყენებული ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნით.

კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის ერთ-ერთი ყველაზე მნიშვნელოვანი გამოვლინებაა დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენება, რომლის ამკრძალავ ნორმას კანონის მე-6 მუხლი წარმოადგენს. დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების შედეგად შესაძლებელია, ერთი მხრივ, ზიანი მიადგეს საკუთრივ ამ დომინანტი ეკონომიკური აგენტის კონკურენტ სუბიექტს ან მეორე მხრივ, იგი შესაძლოა არსებითი ზიანის მომტანი იყოს საბოლოო მომხმარებლისთვის. იმისათვის, რომ მიღწეულ იქნეს დამდგარი ზიანის სრულფასოვანი ანაზღაურება, აუცილებელია ზუსტად განისაზღვროს ის სამართლებრივი საფუძველი, რომელზე დაყრდნობითაც იქნება შესაძლებელი ყოველ კონკრეტულ შემთხვევაში დაზარალებულმა სუბიექტმა სამართალდამრღვევისაგან მიყენებული ზიანის ანაზღაურება მოითხოვოს.

კონკურენციის კანონმდებლობიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურება სხვადასხვა დასავლურ მართლწესრიგში კონკურენციის კანონმდებლობის კერძო აღსრულების მექანიზმად მიიჩნევა, რომელმაც ბოლო პერიოდში განსაკუთრებული აქტუალურობა შეიძინა. აღსანიშნავია ის ფაქტი, რომ ევროპული კავშირის მართლმსაჯულების სასამართლოს (შემდგომში - „ევროპული სასამართლო“) პრაქტიკა მოიცავს არაერთ მნიშვნელოვან გადაწყვეტილებასა და

განმარტებას, რომელიც არსებითი მნიშვნელობის მატარებელია ამ კუთხით დარგის განვითარებისა და შესაბამისი თეორიული საფუძვლის შექმნისათვის.

### **I. დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენებიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის მნიშვნელობა კონკურენციის კანონმდებლობის აღსრულების პროცესში**

როგორც წესი, ეკონომიკური აგენტის მიერ კონკურენციის კანონმდებლობის ამკრძალავი ნორმების დარღვევა საჯაროსამართლებრივი სანქციების დაკისრებას იწვევს. თუმცა, იმ პირის პასუხისმგებლობა, რომელიც ახორციელებს კონკურენციის კანონმდებლობის საწინააღმდეგო ქმედებებს, არ შემოიფარგლება მხოლოდ ამ სახის სანქციით. კონკურენციის კანონმდებლობის დამრღვევ პირს დაზარალებული პირის სამოქალაქოსამართლებრივი მოთხოვნის შედეგად ასევე შესაძლოა დაეკისროს ზიანის ანაზღაურების ვალდებულება.

ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნა ქმნის დამატებითი ზენოლის მექანიზმს იმ ეკონომიკური აგენტებისთვის, რომლებიც კონკურენციის შემზღუდველი სხვადასხვა სახის ქმედებების საშუალებით საკუთარი მატერიალური კეთილდღეობის ზრდას ისახავენ მიზნად. აქედან გამომდინარე, დაზარალებული სუბიექტების სამოქალაქოსამართლებრივი მოთხოვნები კონკურენციის სამართლის კერძო აღსრულების მექანიზმად („*private enforcement of competition law*“) მიიჩნევა, რომელიც დასავლურ განვითარებულ სახელმწიფოებში სულ უფრო მეტად იმკვიდრებს ადგილს.

სხვადასხვა მართლწესრიგში აქტიურად მიმდინარეობს კონკურენციის სამართლის კერძო აღსრულების ეფექტიანი მექანიზმების დანერგვა ან უკვე არსებული მოდელების ინტენსიური დახვეწა. თუ მივიღებთ მხედველობაში იმ გარემოებას, რომ ეკონომიკური აგენტების მხრიდან კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევა მნიშვნელოვანი და მასშტაბური ზიანის მომტანია, როგორც მომხმარებლების, ასევე კონკურენტი ეკონომიკური აგენტებისათვის,

ადვილად სავარაუდოა, რომ კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის შემთხვევების რაოდენობა ქართულ რეალობაშიც ეტაპობრივად გაიზრდება.

დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების თანმდევ დელიქტურ პასუხისმგებლობას შესაძლოა ჰქონდეს არა მარტო დაზარალებულის დარღვეული უფლებების აღდგენის ფუნქცია, არამედ მან შესაძლოა ასევე დამატებითი მექანიზმის როლი შეასრულოს კონკურენციის სამართლისა და პოლიტიკის ეფექტიანი აღსრულების პროცესში. ამ კუთხით, ეკონომიკური აგენტების მხრიდან მსგავსი პასუხისმგებლობის მოლოდინი ქმნის კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის დამატებით შემაკავებელ და პრევენციულ ეფექტს. ევროპული სასამართლოს განმარტებით, კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის გამო სამართალდამრღვევის მიმართ კერძო ინდივიდების მიერ დანყებული სასამართლო დავები აძლიერებს კონკურენციის ნორმების ფუნქციონირებას და ეკონომიკურ აგენტებში ამცირებს კონკურენციის შემზღუდველი ქმედებების განხორციელების სურვილსა და მოტივაციას.<sup>1</sup> აქედან გამომდინარე, კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის საფუძველზე წარმოშობილ დელიქტურ მოთხოვნებს მნიშვნელოვანი წვლილი შეაქვს ჯანსაღი კონკურენტული გარემოს შენარჩუნების პროცესში.

კონკურენციის სამართლის კერძო აღსრულებას დიდი ხნის ისტორია გააჩნია. ჯერ კიდევ 1623 წელს, ინგლისში მიღებული მონოპოლიების შესახებ აქტი ითვალისწინებდა სპეციალურ ნორმებს ამ საკითხთან დაკავშირებით. ამ აქტის მიხედვით, ნებისმიერ პირს ჰქონდა უფლება ედავა სასამართლოში იმ საფუძვლით, რომ კონკურენციის საწინააღმდეგოდ ვაჭრობის შეზღუდვის შედეგად მას ადგებოდა ზიანი.<sup>2</sup> მეცხრამეტე საუკუნის მიწურულს ამერიკის შეერთებულ შტატებში მიღებული კონკუ-

<sup>1</sup> ECLI:EU:C:2001:465 “*Courage and Crehan*” Case C-453/99 §§ 26-27.

<sup>2</sup> *Roach/Trebikock*, Private enforcement of competition laws, 464.

რენციის მარეგულირებელი შერმანის აქტიც ითვალისწინებდა კონკურენციის საწინააღმდეგო ქმედების შედეგად წარმოშობილი ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის შესაძლებლობას. ამერიკის შეერთებული შტატების ფედერალური სასამართლოს ერთ-ერთ ადრეულ გადაწყვეტილებაში მოცემული განმარტების მიხედვით კი, კონკურენციის სამართლის მიზნების მიღწევის ყველაზე ეფექტიან საშუალებას ინდივიდის მიერ ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნით დაწყებული სასამართლო დავა წარმოადგენს, რომელიც კონკურენციის კანონმდებლობის საწინააღმდეგო ქმედებების შესაკავებლად ყველაზე ეფექტიან მექანიზმს ქმნის.<sup>3</sup>

ანგლოამერიკული სამართლისაგან განსხვავებით, კონკურენციის სამართლის კერძო აღსრულებას შედარებით უმნიშვნელო როლი ჰქონდა ევროპის კავშირის რეალობაში.<sup>4</sup> აღნიშნული შესაძლოა განპირობებული ყოფილიყო პროცედურული წესებით, რომლებიც ამ მოთხოვნის რეალიზებისათვის დამატებით ბარიერებს ქმნიდა. ევროპის კავშირის მასშტაბით, კონკურენციის სამართლის აღსრულება უმეტესწილად ხორციელდება საჯაროსამართლებრივი მექანიზმების გამოყენებით. თუმცა, ბოლო პერიოდში კონკურენციის სამართლის კერძო აღსრულება კონტინენტურ ევროპაშიც აქტუალური გახდა.

ევროპის კავშირში კონკურენციის სამართლის კერძო აღსრულების რეალური მექანიზმების ჩამოყალიბების საწყის ეტაპად შესაძლოა მიჩნეულ იქნეს ევროპული სასამართლოს 2001 წლის გადაწყვეტილება, სადაც სასამართლომ აღნიშნა, რომ კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის შედეგად მიყენებული ზიანის ანაზღაურება გარანტირებული უნდა იყოს ნებისმიერი ინდივიდისთვის.<sup>5</sup> 2006 წელს მიღებული გადაწყვეტილების მიხედვით, კი კომპენსაციის მიღების უფლება აქვს ნებისმიერ პირს, რომელსაც ზიანი ადგება კონკურენციის შეზღუდვების ამკრძალავი ნორმების

საწინააღმდეგო ქმედებების შედეგად.<sup>6</sup> უნდა აღინიშნოს ასევე ის ფაქტი, რომ ევროპის კავშირმა მიიღო სპეციალური დირექტივა,<sup>7</sup> რომლის უმთავრესი მიზანი კონკურენციის სამართლის კერძო აღსრულების ხელშეწყობასა და განვითარებაში მდგომარეობს.<sup>8</sup>

კონკურენციის კანონმდებლობის აღსრულების ეფექტიანობისა და მასშტაბურობის განმსაზღვრელ ერთ-ერთ ძირითად ფაქტორს კონკრეტულ მართლწესრიგში კონკურენციის კანონმდებლობის არსებობის ხანგრძლივობა და დაგროვილი პრაქტიკული გამოცდილება წარმოადგენს. საქართველოში კონკურენციის კანონმდებლობა ახლად ჩამოყალიბებული დარგია და აქედან გამომდინარე, მოულოდნელობას არ წარმოადგენს ის ფაქტი, რომ კონკურენციის სამართლის აღსრულების კომპეტენცია, ამ ეტაპზე, ფაქტობრივად, მხოლოდ შესაბამისი აღმასრულებელი უწყების ხელშია თავმოყრილი, რომელიც ამ მიზნით კონკრეტული საჯაროსამართლებრივი უფლებამოსილებებით არის აღჭურვილი. ამაზე ასევე მეტყველებს ის ფაქტი, რომ საქართველოს კონკურენციის სააგენტოს მიერ დადგენილ დარღვევებს პრაქტიკულად არ მოჰყოლია სასამართლო დავები შესაბამისი ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნით. ამდენად, კონტინენტურ ევროპული და ანგლოამერიკული გამოცდილებისგან განსხვავებით, საქართველოში კონკურენციის სამართლის კერძო აღსრულების მექანიზმები პრაქტიკაში ჯერ კიდევ არ არის დანერგილი.

თუმცა, მიუხედავად ამისა, აუცილებელია კონკურენციის სამართლის კერძო აღსრულება ქართულ რეალობაშიც მიჩნეულ იქნეს აღსრულების საჯაროსამართლებრივი მექანიზმების დამატებით და შემავსებელ ეფექტიან საშუალებად. კერძო აღსრულების მექანიზმები არ უნდა იყოს იზოლირებული და უნდა გახდეს ქა-

<sup>3</sup> *Perma life Mufflers Inc v international parts corp*, (1968) 392 US 134, 139.

<sup>4</sup> *Damien*, Collective Redress for Antitrust Damages 1079.

<sup>5</sup> ECLI:EU:C:2001:465 "*Courage and Crehan*" Case C-453/99 § 26.

<sup>6</sup> ECLI:EU:C:2006:461 "*Manfredi*" Joined cases C-295/04 to C-298/04 § 61.

<sup>7</sup> Directive 2004/104/EU of the European Parliament and of the Council of 26 November 2004 on certain rules governing actions for damages under national law for infringements of the competition law provisions of the Member States and of the European Union.

<sup>8</sup> *Damien*, Collective Redress for Antitrust Damages 1082.

რთული კონკურენციის სამართლისა და პოლიტიკის აღსრულების განუყოფელი ნაწილი.

კერძო აღსრულებაზე აქცენტის გაკეთებამ შესაძლოა წარმოშვას მოსაზრება იმასთან დაკავშირებით, რომ ამ გზით შემცირდება საქართველოს კონკურენციის სააგენტოს როლი კონკურენციის სამართლის აღსრულების პროცესში. თუმცა, ეს მოსაზრება ვერ იქნება გამართლებული იმდენად, რამდენადაც აღსრულების კერძო და საჯაროსამართლებრივ მექანიზმებს სხვადასხვა ფუნქცია და დატვირთვა გააჩნიათ. მიუხედავად იმისა, რომ კონკურენციის სამართლის აღსრულების პროცესში შესაძლებელია ორივე მექანიზმის ერთდროულად გამოყენება,<sup>9</sup> აშკარაა, რომ მათი ძირითადი მიზნები განსხვავებულია. ამასთან, სამართალდარღვევის შედეგად წარმოშობილი ზიანის ანაზღაურებას ვერ ექნება კონკურენტული გარემოს შენარჩუნებისა და განვითარებისათვის იგივე ეფექტი, რაც გააჩნია ტრადიციულ, საჯაროსამართლებრივ მექანიზმებს.

დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების თანმდევი დელიქტური პასუხისმგებლობის უმთავრესი მიზანია დარღვეული უფლების აღდგენა. კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის პრევენცია კი წარმოადგენს მის მხოლოდ დამატებით ეფექტს, რომელიც მაქსიმალურად უნდა იქნეს გამოყენებული ჯანსაღი კონკურენტული გარემოს შენარჩუნებისა და განვითარების პროცესში. ამის საწინააღმდეგოდ, აღსრულების საჯაროსამართლებრივი მექანიზმების უმთავრესი მიზანია მხოლოდ ჯანსაღი კონკურენტული გარემოს უზრუნველყოფა. თუმცა, ასევე გასათვალისწინებელია ის ფაქტი, რომ კონკურენციის შემზღვეველი ქმედებების შედეგად დაზარალებულ კერძო სუბიექტებს, ქმედებასთან პირდაპირი და უშუალო შემხებლობის გამო, გააჩნიათ უფრო დიდი მოტივაცია მიაღწიონ მიყენებული ზიანის ანაზღაურებას,<sup>10</sup> რაც, პარალელურად

კონკურენციის სამართლის უფრო ეფექტიანად აღსრულებასაც ემსახურება.

## **II. სსკ-ის 992-ე მუხლი, როგორც კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის თანმდევი დელიქტური პასუხისმგებლობის სამართლებრივი საფუძველი**

როდესაც საქმე კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნას ეხება, ერთმანეთისაგან უნდა გაიმიჯნოს ამ მოთხოვნის რეალიზების ორი ალტერნატიული გზა. დაზარალებულ პირს შესაძლებლობა აქვს ან კონკურენციის კანონმდებლობის აღმასრულებელი უწყების მიერ სამართალდარღვევის დადგენის შემდეგ, ან მისგან დამოუკიდებლად მიმართოს სასამართლოს. ამ კუთხით ერთმანეთისაგან განასხვავებენ ზიანის ანაზღაურების თანმდევი ("follow-on") და განკერძოებულ ("stand-alone") მოთხოვნებს.

კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევისგან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების თანმდევი მოთხოვნის შემთხვევას ადგილი აქვს მაშინ, როდესაც დაზარალებული პირი სასამართლოში აღძრავს სარჩელს კანონდარღვევის მიმართ, მას შემდეგ, რაც კონკურენციის კანონმდებლობის აღმასრულებელი უწყება დაადგენს შესაბამის დარღვევას. ხოლო, განკერძოებული მოთხოვნის შემთხვევაში, დაზარალებული პირი კომპეტენტური უწყების კონკრეტული დასკვნის გარეშე პირდაპირ მიმართავს სასამართლოს შესაბამისი მოთხოვნით. ზიანის ანაზღაურების ეს უკანასკნელი შემთხვევა („განკერძოებული მოთხოვნა“) შედარებით უფრო კომპლექსური ხასიათით გამოირჩევა იმდენად, რამდენადაც ასეთ დროს დაზარალებულ პირს სასამართლოში დამოუკიდებლად უწევს კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის ფაქტის არსებობის მტკიცება. აღნიშნულისგან განსხვავებით, თანმდევი მოთხოვნის შემთხვევაში მართლსაწინააღმდეგო ქმედების არსებობა შესაბამისი უწყების მიერ უკვე დადგენილია და დაზარალებული პირი ატარებს მხოლოდ ზიანის არსებობისა და ქმე-

<sup>9</sup> Moodaliyar/Reardon/Theurerkauf, The relationship between public and private enforcement, 154.

<sup>10</sup> Roach/Trebikock, Private enforcement of competition laws, 480.

დებასა და დამდგარ ზიანს შორის მიზეზობრივი კავშირის მტკიცების ტვირთს. ამდენად, დამდგარი ზიანის კომპენსირების ალბათობა ზიანის ანაზღაურების თანმდევი მოთხოვნის შემთხვევისგან განსხვავებით, განკერძოებული მოთხოვნის შემთხვევაში შედარებით დაბალია. ფაქტობრივად შეუძლებელია კონკრეტულმა ინდივიდმა დამოუკიდებლად ამტკიცოს ისეთი ფაქტი, რომელიც შესაბამისი საჯაროსამართლებრივი მექანიზმებით აღჭურვილი სახელმწიფო უწყების მიერ გრძელვადიან მოკვლევასა და მთელი რიგი პროცედურების დაცვით კონკრეტული მტკიცებულებების მოპოვებას საჭიროებს. აღნიშნულის რესურსი კი დაზარალებულ პირს, როგორც წესი, არ გააჩნია. აქედან გამომდინარე, ნათელია, რომ კონკურენციის სამართლის ამკრძალავი ნორმის დარღვევის შედეგად დამდგარი ზიანის ანაზღაურებისა და კონკურენციის კანონმდებლობის კერძო აღსრულების ყველაზე ეფექტიან და რეალურ მექანიზმს თანმდევი მოთხოვნის საფუძველზე სასამართლო დავის წარმოება წარმოადგენს.

მოთხოვნის რეალიზაციის ამ ორი საშუალების არსებობას აღიარებს ქართული კონკურენციის კანონმდებლობაც. კერძოდ, კანონის 32<sup>1</sup> მუხლში აღნიშნულია, რომ ნებისმიერ პირს აქვს უფლება პირდაპირ სასამართლოში მიმართვის გზით მოითხოვოს კონკურენციის კანონმდებლობის შედეგად მისთვის მიყენებული ზიანის ანაზღაურება. შესაბამისად, კანონმდებელმა კანონის დასახელებული ნორმით კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან გამომდინარე ზიანის ანაზღაურების განკერძოებული მოთხოვნის შესაძლებლობის გარანტირება მოახდინა.

თუმცა, კანონის 32<sup>1</sup>-ე მუხლი არ უნდა იქნეს მიჩნეული კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის შედეგად წარმოშობილი ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის სამართლებრივ საფუძველად. აღნიშნული ნორმა შედარებით უფრო პროცესუალური ხასიათის ნორმაა, ვიდრე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის, როგორც მატერიალური უფლების დამდგენი ნორმა. დასახელებული ნორმის ტელეოლოგიური საფუძველი იმაში მდგომარეობს, რომ იგი გარანტირებულს ხდის პირის უფლებას, კონკურენ-

ციის სამართლის აღმასრულებელი უწყების გვერდის ავლით, პირდაპირ მიმართოს სასამართლოს და მოითხოვოს ზიანის ანაზღაურება.

შესაბამისად, საკუთრივ ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნა, გადის საქართველოს კონკურენციის კანონმდებლობის მოქმედების სივრციდან და იგი სამოქალაქო სამართალში ინაცვლებს, სადაც დელიქტური პასუხისმგებლობისა და შესაბამისად, განსახილველი ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის სამართლებრივ საფუძველს სსკ-ის 992-ე მუხლი ქმნის.<sup>11</sup>

### III. დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენება, როგორც მართლსაწინააღმდეგო ქმედება სსკ-ის 992-ე მუხლის გაგებით

#### 1. ზოგადი მიმოხილვა

საქართველოს უზენაესი სასამართლო სსკ-ის 992-ე მუხლს აკვალიფიცირებს გენერალურ დელიქტურ დათქმად, რომლის უმთავრეს წინაპირობადაც მართლსაწინააღმდეგო ქმედებას მიიჩნევს.<sup>12</sup> სამოქალაქო სამართლის პრაქტიკის პრობლემატურ საკითხებზე საქართველოს უზენაესი სასამართლოს რეკომენდაციების მიხედვით, სსკ-ის 992-ე მუხლის გაგებით ქმედების მართლსაწინააღმდეგობის ქვეშ იგულისხმება სხვისი აბსოლუტური სუბიექტური უფლებების დარღვევა, რაც, თავის მხრივ, გულისხმობს კანონდარღვევასაც, ვინაიდან მსგავსი ქმედებების განხორციელება აკრძალულია კანონით.<sup>13</sup> სასამართლოს ეს მიდგომა ძალზე ბუნდოვანია, ვინაიდან იგი ამ შემთხვევაში, ერთი მხრივ, იყენებს აბსოლუტური სუბიექტური უფლების ცნებას და მეორე მხრივ, მსგავსი უფლების დარღვევას ნებისმიერ შემთხვევაში ათანაბრებს კანონდარღვევასთან. მოცემულ შემთხვევაში ნათლად არ ჩანს, თუ რას გულისხმობს საქართველოს უზენაესი სასამართლო აბსოლუტური სუბიექტური უფლების ქვეშ, რატომ ათანა-

<sup>11</sup> სუსგ ას-809-776-2016 04/04/2017; სუსგ ას-330-2019 19/11/2019.

<sup>12</sup> სუსგ ას-638-605-2014 22/04/2016 § 24-25.

<sup>13</sup> საქართველოს უზენაესი სასამართლოს რეკომენდაციები სამოქალაქო სამართლის სასამართლო პრაქტიკის პრობლემატურ საკითხებზე, 25/07/2007 76. 78.

ბრებს იგი ამ უფლების ხელყოფას კანონდარღვევასთან და სსკ-ის 992-ე მუხლის საფუძველზე რამდენად დგება დელიქტური პასუხისმგებლობა, თუ სახეზეა ისეთი კანონდარღვევა, რომლის დროსაც ადგილი არ აქვს „აბსოლუტური სუბიექტური უფლების“ ხელყოფას.

აღნიშნულ საკითხებთან დაკავშირებით შედარებით უფრო ნათელ და მკაფიო წარმოდგენებს ქმნის, უზენაესი სასამართლოს შემდგომი პრაქტიკა, რომელიც სსკ-ის 992-ე მუხლის მიზნებისათვის, ერთმანეთისაგან განასხვავებს შედეგისა და ქმედების მართლწინააღმდეგობას. უზენაესი სასამართლოს განმარტებით, შედეგის მართლწინააღმდეგობა გულისხმობს აბსოლუტური უფლების უშუალო დარღვევას, ხოლო ქმედების მართლწინააღმდეგობისათვის განმსაზღვრელია ზიანის მიმყენებლის ვალდებულების ფარგლები - სამოქალაქო ბრუნვის თავისებურებების გათვალისწინებით, შეესრულებინა ან თავი შეეკავებინა გარკვეული მოქმედებისაგან, რათა თავიდან აეცილებინა ზიანი.<sup>14</sup> საქართველოს უზენაესი სასამართლოს აღნიშნული მიდგომიდან გამომდინარე შეიძლება დავასკვნათ, რომ იგი ცდილობს აბსოლუტური სუბიექტური უფლების დარღვევიდან მომდინარე მართლწინააღმდეგობა გამიჯნოს ისეთი მართლწინააღმდეგობისაგან, რომელიც კონკრეტული ვალდებულების დარღვევაში ვლინდება.

მოცემულ შემთხვევაში შეგვიძლია ვივარაუდოთ, რომ საქართველოს უზენაესი სასამართლოს მსგავსი მიდგომა წარმოადგენს გერმანული კანონმდებლობისა და სასამართლო პრაქტიკის მიდგომების გაზიარების მცდელობას,<sup>15</sup> რომელიც ერთმანეთისაგან განასხვავებს აბსოლუტური უფლებებისა და დამცავი კანონის (*„Schutzgesetz“*) დარღვევიდან მომდინარე მართლწინააღმდეგობას. შესაბამისად, აღნიშნული ცნებების შინაარსისა და მათი მახასიათებლების იდენტიფიცირებისათვის შესაძლებელია გაზიარებულ იქნეს გერმანული მიდგომები.

გერმანული სამოქალაქო კანონმდებლობის მიხედვით, დელიქტური პასუხისმგებლობის ერთ-ერთ უმთავრეს წინაპირობას მართლწინააღმდეგობა წარმოადგენს. გერმანიის სამოქალაქო კოდექსის (შემდგომში - „გსკ“) 823-ე პარაგრაფის პირველი ნაწილის მიხედვით, მართლწინააღმდეგობის ელემენტი დაკავშირებულია ისეთი აბსოლუტური უფლებების ხელყოფასთან, როგორცაა სიცოცხლე, ჯანმრთელობა, თავისუფლება, საკუთრება ან სხვა უფლება. დასახელებული აბსოლუტური უფლებების დარღვევა, როგორც წესი, პირდაპირ მიუთითებს მართლწინააღმდეგობაზე თუ არ არსებობს მართლწინააღმდეგობის გამომრიცხავი ისეთი გარემოებები, როგორცაა აუცილებელი მოგერიება და უკიდურესი აუცილებლობა.<sup>16</sup>

თუმცა, მხოლოდ აბსოლუტური სუბიექტური უფლებების დარღვევის მიჩნევა მართლწინააღმდეგო ქმედებად, მნიშვნელოვნად შეამცირებს დელიქტური პასუხისმგებლობის ფარგლებს. ამასთან, საკითხის მსგავსი გადაწყვეტა, ბუნებრივია არ შეესაბამება ასევე კანონმდებლის ნებას, ვინაიდან სსკ-ის 992-ე მუხლი მოცემულია გენერალური დელიქტური დათქმის სახით,<sup>17</sup> რომელსაც მოქმედების მაქსიმალურად ფართო არეალი უნდა გააჩნდეს. სწორედ ამიტომ საუბრობს საქართველოს უზენაესი სასამართლო ზიანის მიმყენებლის ვალდებულების ფარგლებზე - „სამოქალაქო ბრუნვის თავისებურებების გათვალისწინებით, შეასრულოს ან თავი შეიკავოს გარკვეული მოქმედებისაგან, რათა თავიდან აიცილოს ზიანი.“<sup>18</sup> დასახელებულ ვალდებულებებთან მიმართებით უნდა ითქვას, რომ სამოქალაქო კანონმდებლობის მიღმა არსებობს სამართლის სხვადასხვა დარგები, რომლებიც გარკვეული აკრძალვებისა თუ მოთხოვნების დაწესებით მთლიანობაში ქმნიან ქცევის გარკვეულ სავალდებულო სტანდარტს, რომელთა დარღვევამაც შესა-

<sup>14</sup> სუსგ ას-638-605-2014 22/04/2016 § 25.

<sup>15</sup> შეად. ბათლიძე, ბრალეული ქმედებით გამოწვეული პასუხისმგებლობა დელიქტურ სამართალში, 25.

<sup>16</sup> Brox/Wolker, *SchldR BT* § 40. Rn. 47.

<sup>17</sup> რუსიაშვილი გიორგი, „სუფთა ქონებრივი ზიანი“ – გულისხმიერი ქცევის ვალდებულების თუ დამცავი ნორმის დარღვევა? შედარებითი სამართლის ჟურნალი 4/2019, 4.

<sup>18</sup> სუსგ ას-638-605-2014 22/04/2016 § 25.



ძლოა დელიქტური პასუხისმგებლობა გამოიწვიოს.<sup>19</sup> ამ კუთხით სსკ-ის 992-ე მუხლი სამოქალაქოსამართლებრივი ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნით დასახელებული სპეციალური კანონების დარღვევის დამატებითი სანქციონების და დაზარალებული სუბიექტების უფლებების აღდგენის მექანიზმსა და მყარ სამართლებრივ საფუძველს ქმნის.

კონკრეტული ნორმის დარღვევის შედეგად გამოწვეულ მართლწინააღმდეგობაზე პირდაპირ მითითებას შეიცავს გერმანიის სამოქალაქო კოდექსი. კერძოდ, გსკ-ის 823-ე მუხლის მეორე ნაწილით შემოთავაზებულია იმავე მუხლის პირველი ნაწილით გათვალისწინებული აბსოლუტური უფლებების დარღვევით დამდგარი მართლწინააღმდეგობის ალტერნატიული შემადგენლობა. აღნიშნული ნორმის მიხედვით, დელიქტური პასუხისმგებლობის მიზნებისათვის, ქმედება მიიჩნევა მართლწინააღმდეგოდ იმ შემთხვევაში თუ იგი არღვევს სპეციალურ დამცავ კანონს (*“Schutzgesetz”*). დამცავი კანონის ქვეშ კი მოიაზრება სამართლის ნებისმიერი ნორმა, რომელიც მიზნად სხვა ინდივიდების ინტერესების დაცვას ისახავს.<sup>20</sup> გერმანიის ფედერალური სასამართლოს ერთგვაროვანი პრაქტიკის მიხედვით, აღნიშნული მიზანი სახეზეა იმ შემთხვევაში, როდესაც საჯარო ან საერთო საზოგადოებრივი ინტერესების დაცვასთან ერთად სპეციალური ნორმა იცავს კონკრეტული სუბიექტების უფლებებს, სამართლებრივ სიკეთეებს ან სამართლით დაცულ სხვა ინტერესებს.<sup>21</sup> ამასთან, ნორმა უნდა აწესებდეს სპეციალურ მოთხოვნას ან აკრძალვას.<sup>22</sup> აღნიშნული გაგებით დამცავი კანონის ქვეშ შესაძლოა გაერთიანდეს საკონსტიტუციო, ადმინისტრაციული, სამეცნარმეო, შრომის ან სამართლის სხვა დარგებში არსებული სპეციალური ნორმები.<sup>23</sup>

შესაბამისად, ნათელია, რომ საქართველოს უზენაესი სასამართლოს ზემოთ მოცემულ განმარტებაში, ვალდებულების დარღვევის ქვეშ

სწორედ გერმანულ სამოქალაქო სამართალში დამკვიდრებული დამცავი კანონის კონცეფცია უნდა ვიგულისხმოთ. სსკ-ის 992-ე მუხლის გაგებით, აბსოლუტური სუბიექტური უფლების დარღვევასთან ერთად, მართლწინააღმდეგობას ქმნის ასევე სპეციალური დამცავი კანონის დარღვევა, რომელიც სახეზეა იმ შემთხვევაში, თუ პირი არღვევს სამართლის კონკრეტულ ნორმას, რომელიც მიზნად სხვა ინდივიდების ინტერესების დაცვას ისახავს.

საქართველოს უზენაესი სასამართლო დელიქტურ პასუხისმგებლობაზე მსჯელობისას ასევე ახსენებს გულისხმიერების ვალდებულების დარღვევასაც. კერძოდ, სასამართლოს განმარტებით, „მართლწინააღმდეგო მოქმედება არამართლზომიერი მოქმედებაა. მართლზომიერი ქმედება კი არა მარტო სამართლის ნორმათა მოთხოვნების დაცვას გულისხმობს, არამედ ზოგად მოვალეობას, რომ პირმა თავისი ქმედება/ურთიერთობა ადამიანებისა და საგნების მიმართ ისე წარმართოს, რომ არავინ და არაფერი დააზიანოს. ამდენად, გულისხმიერების სტანდარტის დარღვევისა და სავალდებულო ქცევის წესიდან გადახვევის საფუძველზე ქმედება შესაძლოა მართლწინააღმდეგოდ მივიჩნიოთ.“<sup>24</sup> სასამართლოს მოცემული განმარტება ტოვებს ისეთ შთაბეჭდილებას, რომ მართლწინააღმდეგო ქმედების ქვეშ შესაძლოა გაერთიანდეს არა მარტო დამცავი კანონით დაწესებული აკრძალვები, არამედ მან შეიძლება ისეთი ქმედებებიც მოიცვას, რომელიც სცილდება სამართლებრივ დათქმებს. კერძოდ, აღნიშნული მიდგომით ქმედება შესაძლოა იყოს მართლწინააღმდეგო თუ იგი არღვევს გულისხმიერების ზოგად სტანდარტსა და სავალდებულო ქცევის წესებს, რაც არ არის გამართლებული და მიზანშეწონილი.

სსკ-ის 992-ე მუხლში მოცემული გენერალური დელიქტური დათქმა არ უნდა იქნეს გაგებული ისე თითქოს, სამოქალაქო სამართლის სუბიექტების მიერ განხორციელებული ნებისმიერი ისეთი ქმედება, რომელიც არღვევს ე.წ. გულისხმიერების ზოგად სტანდარტს ან ქცევის სავალდებულო წესს წარმოადგენს მა-

<sup>19</sup> *Wagner*, in *MüKo*, § 823, Rn. 317.

<sup>20</sup> *Brox/Wolker*, *SchIdR BT* § 40. Rn. 66.

<sup>21</sup> BGHZ 12 146; BGHZ 116 13; BGH NJW 2004 356 357.

<sup>22</sup> BGH NJW 1965 2007; BGH NJW 1977 1147.

<sup>23</sup> *Brox/Wolker*, *SchIdR BT* § 40. Rn. 69.

<sup>24</sup> სუსგ ას-638-605-2014 22/04/2016 § 25.

რთლწინააღმდეგობას. მართლწინააღმდეგობა თავისი არსით გულისხმობს პირის მიერ გარკვეული ვალდებულების დარღვევას. შესაბამისად, ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის შემთხვევაში, აუცილებელია ყოველ კონკრეტულ შემთხვევაში განისაზღვროს, თუ რამდენად ჰქონდა შესაბამისი სუბიექტს სხვაგვარი მოქმედების ვალდებულება.

მართლწინააღმდეგობა დელიქტური სამართლის მიზნებისათვის გულისხმობს „სამართლებრივად დადგენილი მოვალეობის შეუსრულებლობით გამოწვეული უფლების დარღვევას.“<sup>25</sup> ამაზე მეტყველებს თავად უზენაესი სასამართლოს შემდგომი განმარტებაც, სადაც სასამართლო აღნიშნავს, რომ „მართლწინააღმდეგოდ მოქმედებს ის, ვინც არღვევს სამართლებრივ დანაწესებს, სამართლის ნორმათა მოთხოვნებს.“<sup>26</sup> აქედან გამომდინარე, მართლწინააღმდეგობის მიზნებისათვის, ქცევის სავალდებულო წესის ქვეშ მოაზრებულ უნდა იქნეს შესაბამისი სამართლებრივი აქტით ზიანის მიმყენებლისათვის დაკისრებული ვალდებულება კონკრეტულ შემთხვევაში განახორციელოს გარკვეული ქმედება, რაც მოიცავს როგორც აქტიურ მოქმედებას, ასევე უმოქმედობას. ამდენად, გულისხმიერებისა თუ ქცევის ვალდებულება ამ გაგებით ასევე დაკავშირებული უნდა იყოს სამართლებრივ მოთხოვნებთან თუ სამართლებრივად დაცულ ინტერესებთან.<sup>27</sup> სხვაგვარად, რომ ითქვას, პირს გულისხმიერი ქცევის ვალდებულებას სწორედ კანონმდებლობა უნდა აკისრებდეს.

შესაბამისად, ამ შემთხვევაშიც, საბოლოოდ მივდივართ ისევ სამართლის სპეციალურ ნორმამდე, რომელიც პირს გარკვეულ ვალდებულებას ან მოთხოვნებს უწესებს. კანონმდებლობით გათვალისწინებული აღნიშნული ვალდებულებები თუ მოთხოვნები კი, ბუნებრივია, მიზნად ისახავს გარკვეული სამართლებრივი სი-

კეთების დაცვას, რასაც კიდევ ერთხელ მივყავართ დამცავ კანონამდე. თუმცა, აღნიშნული საკითხის სიღრმისეული კვლევა წინამდებარე ნაშრომის მიზანს არ წარმოადგენს, ვინაიდან დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების შემთხვევაში საქმე ეხება ისეთ ქმედებას, რომელიც პირდაპირ ეწინააღმდეგება ამკრძალავი ხასიათის ნორმას.

შეიძლება ითქვას, რომ დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების თანმდევი დელიქტური პასუხისმგებლობის მიზნებისათვის და სსკ-ის 992-ე მუხლის გაგებით, დამცავი კანონის ქვეშ უნდა მოვიაზროთ ისეთი ნორმები, რომელთა მიზანია ინდივიდების დაცვა კონკრეტული სამართლებრივი სიკეთისთვის ზიანის მიყენებისაგან. ამასთან, მსგავსი ნორმა უნდა ატარებდეს ამკრძალავ ხასიათს, უნდა აწესებდეს გარკვეულ აუცილებელ მოთხოვნებს ან ადგენდეს ქცევის ვალდებულებას კონკრეტული ინდივიდებისათვის.

ამდენად, სსკ-ის 992-ე მუხლის ტელეოლოგიური საფუძვლების, საქართველოს უზენაესი სასამართლოს პრაქტიკისა და გერმანული საკანონმდებლო თუ სასამართლო მიდგომების გათვალისწინებით, შეგვიძლია დავასკვნათ, რომ დელიქტური პასუხისმგებლობის მიზნებისათვის მართლწინააღმდეგო ქმედება შეიძლება გამოიხატებოდეს აბსოლუტური უფლებისათვის ზიანის მიყენების ან დამცავი კანონის დარღვევაში. სხვაგვარად რომ ითქვას, სსკ-ის 992-ე მუხლში მოცემული გენერალური დელიქტის ფარგლებში უნდა გაერთიანდეს აბსოლუტური უფლებისათვის ზიანის მიყენებიდან და დამცავი კანონის დარღვევიდან მომდინარე მართლწინააღმდეგო ქმედებები. შესაბამისად, წინამდებარე ნაშრომის მიზნებისათვის, აუცილებელია იმის გარკვევა თუ მართლწინააღმდეგობის ზემოთ მოცემულ რომელ ალტერნატივას აქვს ადგილი დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების შემთხვევაში.

აქვე უნდა აღინიშნოს, რომ ფაქტობრივი გარემოებების მტკიცების ვალდებულება აკისრიათ მხარეებს, რომლებიც თავის სამართლებრივ მოთხოვნას აფუძნებენ აღნიშნულ გარემოებებს და სწორედ ისინი მიუთითებენ მა-

<sup>25</sup> ბიჭია მიხეილ, კანონისმიერი ვალდებულებითი ურთიერთობები, 277.

<sup>26</sup> სუსგ ას-155-145-2017 26/10/2018 § 77.

<sup>27</sup> რუსიაშვილი გიორგი, „სუფთა ქონებრივი ზიანი“ – გულისხმიერი ქცევის ვალდებულების თუ დამცავი ნორმის დარღვევა? შედარებითი სამართლის ჟურნალი 4/2019, 9.

თზე.<sup>28</sup> შესაბამისად, დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების სახით მართლსაწინააღმდეგო ქმედების არსებობის მტკიცების ტვირთის მატარებელი არის მოსარჩელე, რომელიც სსკ-ის 992-ე მუხლის საფუძველზე ითხოვს ზიანის ანაზღაურებას. ამასთან, ასევე საყურადღებოა ის გარემოება, რომ საქართველოს სამოქალაქო საპროცესო კოდექსის მიხედვით, საქმის გარემოებები, რომლებიც კანონის თანახმად უნდა დადასტურდეს გარკვეული სახის მტკიცებულებებით, არ შეიძლება დადასტურდეს სხვა სახის მტკიცებულებებით. აქედან გამომდინარე, ერთი შეხედვით, შეიძლება ისეთი შთაბეჭდილება შეიქმნას, რომ ამ კუთხით მართლსაწინააღმდეგო ქმედების არსებობისათვის აუცილებელია შესაბამისი აღმასრულებელი უწყების მიერ კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის დაფიქსირება. თუმცა, აღნიშნული მოსაზრება ვერ იქნება გაზიარებული. აღმასრულებელი უწყების მიერ დომინირებული მდგომარეობის დარღვევის ფაქტის დადგენა არ უნდა იქნეს მიჩნეული კანონით გათვალისწინებულ აუცილებელ მტკიცებულებად, ვინაიდან, კანონმდებელი კანონის 32<sup>1</sup>-ე მუხლით თავადვე აღიარებს პირის უფლებას კონკურენციის კანონმდებლობის აღმასრულებელი უწყების გვერდის ავლით პირდაპირ მიმართოს სასამართლოს. აღნიშნული დანაწესით კანონმდებელი უშვებს პირის შესაძლებლობას სასამართლოში თვითონ დაასაბუთოს კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის ფაქტი და ამ ფორმით გამოხატული მართლსაწინააღმდეგო ქმედების არსებობა.

**2. დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენება, როგორც აბსოლუტური უფლების დარღვევა**

საქართველოს უზენაესი სასამართლოს განმარტებით, დელიქტური პასუხისმგებლობა მიმართულია აბსოლუტური სამართალურითობის დაცვისაკენ, სადაც განსაზღვრულია მხოლოდ ერთი მხარე, რომელიც არის სუბიექტური უფლების მატარებელი, მაგალითად ნი-

ვთის მესაკუთრე.<sup>29</sup> შესაბამისად, უზენაესი სასამართლოს მოცემული განმარტებიდან შეიძლება აბსოლუტური უფლების ერთ-ერთი ძირითადი მახასიათებლის განსაზღვრა. კერძოდ, აბსოლუტური უფლება არის ისეთი უფლება, რომელიც აყალიბებს აბსოლუტურ სამართალურთიერთობას კერძო სამართლის ყველა სუბიექტთან და ამ უფლების მატარებელია კონკრეტული ინდივიდი. ასეთი უფლების მაგალითად კი სასამართლო ასახელებს საკუთრების უფლებას. აღნიშნული გადმოსახედიდან შეგვიძლია დავასკვნათ, რომ სსკ-ის 992-ე მუხლის მიზნებისათვის აბსოლუტურ უფლებებში იგულისხმება ისეთი სამოქალაქო უფლებები, რომელიც ინდივიდის ექსკლუზიური გამგებლობის სფეროს განეკუთვნებიან და რომელიც მას აღჭურავს უფლებამოსილებით გამორიცხოს ამ უფლებებში სხვა პირების ჩარევა.<sup>30</sup> მსგავსი აბსოლუტური უფლება შეიძლება იყოს, სიცოცხლე, ჯანმრთელობა, საკუთრება, პირადი არაქონებრივი უფლებები და ა.შ.

აბსოლუტური უფლების დარღვევის ქრილში დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენებაზე საუბრისას უნდა აღინიშნოს ის ფაქტი, რომ კანონის მე-6 მუხლი მოიცავს შესაბამისი საბაზრო ძალაუფლების მქონე სუბიექტებისთვის აკრძალულ ქმედებათა ფართო სპექტრს. აღნიშნული ქმედებები მათი შინაარსისა და განხორციელების ფორმების მიხედვით მნიშვნელოვნად განსხვავდება ერთმანეთისაგან. თუმცა, საყურადღებოა ის გარემოება, რომ დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების არცერთი კონკრეტული ქმედების სამართლებრივი ბუნება არ იძლევა ცალსახად იმის თქმის შესაძლებლობას, რომ ამ გზით პირის აბსოლუტური სუბიექტური უფლებებისთვის ზიანის მიყენება ხდება. აღნიშნული მსჯელობის მართებულობაზე მეტყველებს ასევე ის ფაქტი, რომ დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენებად მიჩნეული ქმედებები დასაშვებია ისეთი ეკონომიკური აგენტებისთვის, რომლებიც არ ფლობენ მო-

<sup>28</sup> სუსგ ას-155-145-2017 26/10/2018 § 79.

<sup>29</sup> სუსგ ას-155-145-2017 26/10/2018 § 72

<sup>30</sup> ბათლიძე გიორგი, ბრალეული ქმედებით გამოწვეული პასუხისმგებლობა დელიქტურ სამართალში, 23.

მეტებულ და მნიშვნელოვან საბაზრო ძალაუფლებას. თუ დავუშვებთ, რომ მსგავსი ქმედებებით შესაძლებელია პირთა აბსოლუტური უფლებების დარღვევა, მაშინ კანონმდებელი არ დაუშვებდა მსგავსი ქმედებების მართლზომიერებას არადომინანტი სუბიექტებისთვის. შესაბამისად, დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების შემთხვევაში სსკ-ის 992-ე მუხლის გაგებით მართლსაწინააღმდეგო ქმედების არსებობის დასაბუთება აბსოლუტური სუბიექტური უფლების დარღვევის მოტივით ნაკლებად სავარაუდოა.

### 3. დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენება, როგორც დამცავი კანონის დარღვევა

როგორც ზემოთ აღინიშნა, სსკ-ის 992-ე მუხლის მიზნებისათვის დამცავი კანონი გულისხმობს ისეთ ნორმას, რომლის მიზანია ინდივიდების დაცვა კონკრეტული სამართლებრივი სიკეთისთვის ზიანის მიყენებისაგან. ამასთან, მსგავსი ნორმა უნდა ატარებდეს ამკრძალავ ხასიათს, უნდა აწესებდეს გარკვეულ აუცილებელ მოთხოვნებს ან კონკრეტული ინდივიდებისათვის უნდა ადგენდეს ქცევის ვალდებულებას.

შესაბამისად, დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების თანმდევი დელიქტური პასუხისმგებლობის საკითხის შეფასების პროცესში ერთ-ერთ მნიშვნელოვან საკითხს წარმოადგენს იმის განსაზღვრა, თუ რა სამართლებრივი სიკეთეების დაცვას ემსახურება საკუთრივ მსგავსი ქმედების ამკრძალავი ნორმა. ამისათვის, უპირველეს ყოვლისა, აუცილებელია, ერთმანეთისაგან გაიმიჯნოს, ერთი მხრივ, მთლიანად კონკურენციის კანონმდებლობით და მეორე მხრივ, ამ კანონმდებლობის სპეციალური ამკრძალავი ნორმით (ამ შემთხვევაში კანონის მე-6 მუხლი), დაცული სამართლებრივი სიკეთეები.

იურიდიულ ლიტერატურაში დამკვიდრებული მოსაზრების მიხედვით, კონკურენციის კანონმდებლობა, უპირველეს ყოვლისა, იცავს საკუთრივ ჯანსაღი კონკურენციის პროცესს. სხვაგვარად, რომ ითქვას, კონკურენციის კანონ-

მდებლობით დაცული სამართლებრივი სიკეთეა კონკურენცია, როგორც დინამიური პროცესი. კანონში მოცემული სპეციალური ნორმები, მათ შორის კანონის მე-6 მუხლი კი, ბუნებრივია, ემსახურება კონკურენციის კანონმდებლობის დასახელებული ზოგადი მიზნების მიღწევას. თუმცა, აღნიშნული გარემოება ვერ იქნება კანონის მე-6 მუხლის დამცავი კანონად მიჩნევის საფუძველი, ვინაიდან ამ შემთხვევაში არ არის გამოკვეთილი კონკრეტული ინდივიდებისა და მათი სამართლებრივი სიკეთეებისა თუ ინტერესების დაცვის მიზანი.

დასახელებული ნორმის განმარტებისა და შესაბამისი სპეციალური სამართლებრივი სიკეთეების იდენტიფიცირების პროცესში მნიშვნელოვანია ყურადღება გამახვილდეს მენარმეობის თავისუფლებასა და კონკურენციასთან დაკავშირებით საქართველოს საკონსტიტუციო სასამართლოს მიერ განვითარებულ მნიშვნელოვან პრაქტიკაზე. კერძოდ, საკონსტიტუციო სასამართლოს განმარტებით, „მენარმეობის თავისუფლება წარმოადგენს სამოქალაქო ბრუნვის თავისუფლების მნიშვნელოვან გამოვლინებას, ეკონომიკური მართლწესრიგის, ჯანსაღი და სიცოცხლისუნარიანი საბაზრო ურთიერთობების საფუძველს. აღნიშნული ვალდებულებით სახელმწიფო მხარს უჭერს თავისუფალი ეკონომიკის პრინციპს, რომელშიც არა მარტო მენარმეობის ასპარეზია თავისუფალი ნებისმიერი ქმედუნარიანი სუბიექტისათვის, არამედ თავად მენარმეობაა თავისუფალი. მხოლოდ თავისუფალი მენარმეობის დროსაა შესაძლებელი, მენარმე სუბიექტი გახდეს კომერციული ურთიერთობების სრულფასოვანი თანამონაწილე და შეძლოს თავისი საქმიანი უნარჩვევების სრულყოფილი გამოვლინება.“<sup>31</sup> თავისუფალი მენარმეობის დაცვა და კონკურენციის განვითარება უზრუნველყოფს ბაზარზე სიცოცხლისუნარიანი ეკონომიკური აგენტების საქმიანობას, რაც თავისუფალი ბაზრის ჩამოყალიბების არსებითი წინაპირობაა. აღნიშნულის მისაღწევად სახელმწიფო ვალდებულია, შექმნას სათანადო საკანონმდებლო მოწესრი-

<sup>31</sup> საქართველოს საკონსტიტუციო სასამართლოს 2018 წლის 14 დეკემბრის N2/11/747 გადაწყვეტილება, 6.

გება.<sup>32</sup> საკონსტიტუციო სასამართლო მიუთითებს, რომ მენარმეობისადმი სახელმწიფოს მხარდაჭერა არ გულისხმობს მხოლოდ ინსტიტუციურად ამ საქმიანობის თავისუფლების ნორმატიულ აღიარებას. სახელმწიფო ვალდებულია შექმნას ისეთი ნორმატიული გარემო, რომელიც წაახალისებს და ბაზრიდან არ განდევნის სიცოცხლისუნარიან სუბიექტებს.<sup>33</sup>

საკონსტიტუციო სასამართლოს დასახელებულ პრაქტიკაზე დაყრდნობით განმარტავს საქართველოს კონკურენციის სააგენტოც, რომ სახელმწიფოს სწორედ აღნიშნული ვალდებულების შესრულება წარმოადგენს კანონის ერთ-ერთ (მაგრამ არა ერთადერთ) მიზანს.<sup>34</sup> კანონი ადგენს თავისუფალი და სამართლიანი კონკურენციის არამართლობიერი შეზღუდვისაგან დაცვის პრინციპებს, რაც თავისუფალი ვაჭრობისა და კონკურენტუნარიანი ბაზრის განვითარების საფუძველია (კანონის პირველი მუხლის პირველი პუნქტი). მის ერთ-ერთ მიზანს წარმოადგენს თავისუფალი ვაჭრობისა და კონკურენციის ხელშეწყობა, ეკონომიკური აგენტების ბაზარზე დაშვებისათვის სათანადო პირობების უზრუნველყოფა და ა. შ.

ჯანსაღი და თავისუფალი კონკურენციის ერთ-ერთ გამოხატულებას წარმოადგენს ეკონომიკური აგენტების მიერ საქართველოს კონსტიტუციით გარანტირებული სამენარმეო საქმიანობის კონკურენტულ გარემოში თავისუფლად და დამოუკიდებლად განხორციელების შესაძლებლობა. სამენარმეო საქმიანობის თავისუფლებისა და ჯანსაღი კონკურენტული გარემოს ერთ-ერთ ელემენტსა და გამოხატულებას კი ნედლეულისა და გასაღების ბაზრებზე თავისუფალი წვდომისა და დაშვების შესაძლებლობა წარმოადგენს. დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების შედეგად კი მენარმე სუბიექტებს ეზღუდებათ სწორედ ნე-

დლეულისა და გასაღების ბაზრებზე თავისუფალი წვდომისა და დაშვებისა და ჯანსაღი კონკურენტულ გარემოში სამენარმეო საქმიანობის განხორციელების შესაძლებლობა.

აღნიშნულის, უფრო ნათლად წარმოსაჩენად შესაძლებელია განხილულ იქნეს კანონის მე-6 მუხლით აკრძალული ზოგიერთი ქმედება. ამასთან, უპირველეს ყოვლისა, უნდა აღინიშნოს ის ფაქტი, რომ ეკონომიკური აგენტის მიერ დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენება შესაძლოა განხორციელდეს როგორც აქტიური მოქმედებით, ასევე უმოქმედობით. კერძოდ, აქტიური მოქმედებით დომინირებული მდგომარეობა შეიძლება გამოიხატებოდეს, მაგალითად, სავაჭრო პარტნიორებისათვის იდენტურ ტრანზაქციებზე დისკრიმინაციული პირობების დაწესებაში. ხოლო უმოქმედობის კლასიკური მაგალითია ე.წ. მინოდებაზე უარის (*“refusal to supply”/ “Lieferverweigerung”*) შემთხვევები.

როგორც მინოდებაზე უარი, ასევე იდენტურ ტრანზაქციებზე დისკრიმინაციული პირობების დაწესება სხვა მენარმე სუბიექტებისთვის ქმნის მნიშვნელოვან შეზღუდვებსა და ბარიერებს სამენარმეო საქმიანობის განსახორციელებლად. ამ კუთხით მათი ინტერესების დაკმაყოფილება დამოკიდებულია ბაზარზე მნიშვნელოვანი და მომეტებული საბაზრო ძალაუფლების მქონე ეკონომიკურ აგენტთან გონივრული პირობებით სახელშეკრულებო ურთიერთობის დამყარებაზე. აქედან გამომდინარე, იმ შემთხვევაში თუ დომინირებული მდგომარეობის მქონე ეკონომიკური აგენტი მათთან არ დაამყარებს სახელშეკრულებო ურთიერთობას, ან დაამყარებს, მაგრამ დაუნესებს დისკრიმინაციულ პირობებს, მენარმე სუბიექტების ინტერესები არსებითად შეილახება და მათ მიადგებათ მნიშვნელოვანი ქონებრივი ზიანი. მსგავსი ქმედებების აკრძალვით კანონმდებელი მიზნად ისახავს სწორედ სხვა მენარმე სუბიექტების ინტერესებისა და მათი სამართლებრივი სიკეთეების დაცვას. აქედან გამომდინარე, სხვა ეკონომიკური აგენტების მიერ დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების შედეგად მათთვის მიყენებული ზიანის ანაზღაურების სსკ-ის 992-ე მუხლის საფუძველზე მოთხო-

<sup>32</sup> იქვე.

<sup>33</sup> საქართველოს საკონსტიტუციო სასამართლოს 2008 წლის 19 დეკემბრის N1/2/411 გადაწყვეტილება, § 2-3.

<sup>34</sup> სააგენტოს თავმჯდომარის 7 აგვისტოს N04/216 ბრძანებით დამტკიცებული გადაწყვეტილება „სს „სადაზღვევო კომპანია უნისონის“ საჩივრის საფუძველზე განხორციელებული საქმის მოკვლევის თაობაზე, 27-28.

ვნის შემთხვევაში, კანონის მე-6 მუხლი უნდა ჩაითვალოს დამცავ კანონად, მისი დარღვევა კი - მართლსაწინააღმდეგო ქმედებად.

თუმცა, მხოლოდ სხვა ეკონომიკური აგენტების დაცვა არ წარმოადგენს კანონის მე-6 მუხლის მიზანს. იგი იცავს ასევე საბოლოო მომხმარებლებს. ამ კუთხით საინტერესოა დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების ამკრძალავი ნორმებით დაცულ სიკეთეებთან მიმართებით ევროპული სასამართლოს პრაქტიკა, რომელიც ერთმანეთისაგან განასხვავებს ორ ასპექტს. სასამართლოს განმარტებით, დომინირებული მდგომარეობის ამკრძალავი ნორმა იცავს როგორც სავაჭრო პარტნიორებს, ასევე მომხმარებლებს.<sup>35</sup> ევროპული სასამართლოს განმარტებით, დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების ამკრძალავი ნორმების მიზანს წარმოადგენს ისეთი ქმედებების პრევენცია, რომელიც ზღუდავს კონკურენციას და ამ გზით ზიანს აყენებს საერთო საზოგადოებრივ ინტერესებს, კონკრეტულ ეკონომიკურ აგენტებსა და მომხმარებლებს.<sup>36</sup>

აქედან გამომდინარე, ეკონომიკურ აგენტებთან ერთად, საბოლოო მომხმარებლებსაც აქვთ შესაძლებლობა სსკ-ის 992-ე მუხლის საფუძველზე მოითხოვონ დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების შედეგად მათთვის მიყენებული ზიანის ანაზღაურება.

მომხმარებლებთან მიმართებით უნდა აღინიშნოს ის ფაქტიც, რომ მათთვის ზიანის მომტან ქმედებებს შესაძლოა სხვადასხვა ფორმით ჰქონდეს ადგილი. კერძოდ, მომხმარებლებისთვის პირდაპირი ზიანის მომტანი შესაძლოა იყოს არასამართლიანი ფასების დადგენა, ხელშეკრულების წინაპირობად გარიგების იმგვარი პირობის დანესება, რომელიც მომხმარებელს ისეთ დამატებით ვალდებულებას აკისრებს, რომელიც დაკავშირებული არ არის გარიგების საგანთან და ა.შ.

ეკონომიკური აგენტებისა და მომხმარებლების ინტერესების დაცვასთან ერთად კანონის

მე-6 მუხლი ასევე ატარებს დომინირებული მდგომარეობის მქონე ეკონომიკური აგენტისათვის ქცევის სპეციალური სტანდარტის დამდგენი ნორმის ხასიათს. დომინირებული მდგომარეობის მქონე ეკონომიკური აგენტისთვის დადგენილი აღნიშნული ქცევის სტანდარტი, უპირველეს ყოვლისა, გულისხმობს იმ სამართლებრივი სიკეთეების ხელყოფისგან თავის შეკავებას, რომელიც დაცულია, როგორც მთლიანად კონკურენციის კანონმდებლობით, ასევე კონკრეტულად კანონის მე-6 მუხლით.

ევროპული სასამართლოს მიერ ჩამოყალიბებული ერთგვაროვანი პრაქტიკის მიხედვით, დომინირებული მდგომარეობის მქონე ეკონომიკურ აგენტს აქვს სპეციალური პასუხისმგებლობა იმასთან დაკავშირებით, რომ მისმა ქმედებებმა არ მოახდინოს ჯანსაღი კონკურენტული გარემოს ხელყოფა.<sup>37</sup> გარდა ამისა, ევროპული სასამართლოს განმარტებით, დომინირებული მდგომარეობის ამკრძალავი ნორმები ეხება ისეთ ქმედებებს, რომლებსაც შესწევს უნარი გავლენა მოახდინოს ბაზრის სტრუქტურაზე, სადაც კონკურენციის დონე დომინირებული მდგომარეობის მქონე ეკონომიკური აგენტის არსებობის გამო ისედაც შემცირებულია და რომელიც ჯანსაღ კონკურენციასთან შეუსაბამო მეთოდების გამოყენებით ბაზარზე კონკურენციის არსებული ხარისხის შენარჩუნების ან ზრდის პრევენციას ახდენს.<sup>38</sup> ყოველივე აღნიშნულიდან გამომდინარე, ნათელია, რომ კანონის მე-6 მუხლი დომინირებული მდგომარეობის მქონე ეკონომიკური აგენტებისთვის წარმოადგენს ქცევის კონკრეტული სტანდარტის დამდგენ ნორმას.

ასევე აღსანიშნავია ის ფაქტი, რომ დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების ამკრძალავი ნორმა გსკ-ის 823-ე მუხლის მე-2 ნაწილის გაგებით დამცავ კანონად მიიჩნე-

<sup>35</sup> ECLI:EU:C:1996:436 "Tetra Pak" Case C-333/94 P § 42; ECLI:EU:C:2011:83 „TeliaSonera“ Case C-52/09 § 24.

<sup>36</sup> ECLI:EU:C:2011:83 „TeliaSonera“ Case C-52/09 § 22.

<sup>37</sup> ECLI:EU:C:2011:83 „TeliaSonera“ Case C-52/09 § 24; ECLI:EU:C:2009:214 "France Télécom" Case 202.07 § 105; ECLI:EU:C:1973:22 "Continental Can" Case 6/72 § 26; ECLI:EU:C:1983:313 "Michelin I" Case 322/81 § 57.

<sup>38</sup> ECLI:EU:C:1979:36 „Hoffman-La Roche“ Case 85/76 § 91; ECLI:EU:C:2009:214 „France Télécom“ Case 202.07 § 104; ECLI:EU:C:1983:313 "Michelin I" Case 322/81 § 70.

ვა გერმანულ სასამართლო პრაქტიკაშიც.<sup>39</sup> შესაბამისად, გერმანიაში, დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების თანმდევი დელიქტური პასუხისმგებლობა დგება გსკ-ის 823-ე პარაგრაფის მეორე ნაწილის საფუძველზე და მართლწინააღმდეგობა საბუთდება იმ გარემოებით, რომ კონკურენციის კანონმდებლობის შესაბამისი ნორმა წარმოადგენს დამცავ კანონს და მისი დარღვევა ამ საფუძველით მართლწინააღმდეგო ქმედებად კვალიფიცირდება.

**IV. ზიანი და ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნაზე უფლებამოსილი პირები**

სსკ-ის 992-ე მუხლის დისპოზიციის მიხედვით, ზიანიც დელიქტური პასუხისმგებლობის ერთ-ერთი მნიშვნელოვანი წინაპირობაა. საქართველოს უზენაესი სასამართლოს განმარტებით, ზიანი წარმოადგენს სამართალდარღვევის შემადგენლობის აუცილებელ ელემენტს.<sup>40</sup> ამდენად, კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის შედეგად წარმოშობილი ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის არსებობისთვის აუცილებელია სახეზე იყოს პირი, რომელსაც აღნიშნული ქმედებით ადგება ზიანი.

საქართველოს უზენაესი სასამართლოს პრაქტიკის მიხედვით, სამოქალაქო სამართალში ზიანის ქვეშ იგულისხმება ქონებაზე ან სამართლებრივად დაცულ სხვა სიკეთეზე გარკვეული ზემოქმედებით გამოწვეული უარყოფითი შედეგი.<sup>41</sup> ამასთან, ქონებრივი ზიანის დადგენა ხდება ქონებრივი მდგომარეობის შეფასებით. კერძოდ, უზენაესი სასამართლოს განმარტების მიხედვით, ზიანის მოცულობა განისაზღვრება მართლწინააღმდეგო ქმედების განხორციელებამდე და ამ ქმედების განხორციელების შემდეგ არსებული პირის ქონებრივი მდგომარეობის სხვაობით.<sup>42</sup> შესაბამისად, სსკ-ის 992-ე მუხლის გაგებით ზიანი შესაძლოა იყოს ნებისმიერი მატერიალური თუ არამატერიალური დანა-

კლისი/დანაკარგი, რომელიც განიცადა კონკრეტულმა სუბიექტმა მართლწინააღმდეგო ქმედების შედეგად. თუმცა, იმისათვის რომ ზუსტად განისაზღვროს აღნიშნული ზიანის ფორმები, მოცულობა და დაზარალებული სუბიექტების ზუსტი წრე, აუცილებელია დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების კონკრეტული შემთხვევების ანალიზი. სხვაგვარად რომ ითქვას, უნდა მოხდეს იმ კონკრეტული ქმედებების იდენტიფიცირება და განხილვა, რომელთა განხორციელებაც აკრძალულია კანონის მე-6 მუხლით.

კანონის მე-6 მუხლი, ისევე როგორც ევროპის კავშირის ფუნქციონირების შესახებ ხელშეკრულების 102-ე მუხლი, დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების სხვადასხვა კონსტელაციებს ითვალისწინებს, რომელთა უპირველეს შედეგსაც კონკურენციის შეზღუდვა და ჯანსაღი კონკურენტული გარემოსთვის ზიანის მიყენება წარმოადგენს. თუმცა, დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების თანმდევი დელიქტური პასუხისმგებლობის დასადგენად აუცილებელია სახეზე იყოს არა მხოლოდ ჯანსაღი კონკურენციის შეზღუდვა, არამედ კონკრეტული ინდივიდებისთვის მიყენებული ზიანი. ზოგადი კლასიფიკაციით, კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევა შესაძლოა გამოიხატოს ფასისმიერ და არაფასისმიერ ქმედებებში.

ფასისმიერი ქმედების კლასიკური მაგალითია საქონელსა და მომსახურებაზე არასამართლიანი ფასების დაწესება, რაც პირდაპირ გავლენას ახდენს მომხმარებელთა ეკონომიკურ მდგომარეობაზე. მოცემულ შემთხვევაში, მომხმარებლებისთვის მიყენებულ ზიანს შესაძლოა წარმოადგენდეს სხვაობა მის მიერ დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების შედეგად გადახდილ ფასსა და იმ ფასს შორის, რომელსაც მომხმარებელი გადაიხდიდა იმ შემთხვევაში, თუ არ მოხდებოდა არასამართლიანი ფასების დაწესების გზით ჯანსაღი კონკურენტული გარემოსთვის ზიანის მიყენება.

არაფასისმიერი ქმედება კი შესაძლოა გამოიხატოს ბაზრის შეზღუდვაში, სავაჭრო პარტნიორებისთვის იდენტურ ტრანზაქციებზე

<sup>39</sup> Busche, in KöllKom, Band 3. § 102 Rn. 217; Wagner, in MüKo, § 823, Rn. 332; BGH NJW 1993 1580 1581.

<sup>40</sup> სუსგ ას-155-145-2017 26/10/2018 § 75.

<sup>41</sup> იქვე § 75.

<sup>42</sup> იქვე § 76.

დისკრიმინაციული პირობების დანესებაში და ა. შ. ასეთ შემთხვევაშიც ზიანის გამოთვლა უნდა მოხდეს იმავე პრინციპით, როგორც ეს აღნიშნა არასამართლიანი ფასების დანესებასთან მიმართებით. თუმცა, დასახელებული ქმედებების შედეგად დაზარალებულ სუბიექტებს, როგორც წესი, წარმოადგენენ არა საბოლოო მომხმარებლები, არამედ ეკონომიკური აგენტები.

ამდენად, დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების კონკრეტული სახეების გათვალისწინებით, იგი შესაძლოა ზიანის მომტანი იყოს როგორც მისი კონკურენტი თუ სხვა ეკონომიკური აგენტების, ასევე საბოლოო მომხმარებლებისთვისაც. აქედან გამომდინარე, ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნით სასამართლო დავის წარმოების ინიცირება შესაძლებელია მოხდეს მომხმარებლების, კონკურენტი თუ სხვა ეკონომიკური აგენტების მიერ.

კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნასთან დაკავშირებით სასამართლო დავის წარმოება, თავის მხრივ, მნიშვნელოვან წინააღმდეგობებთან არის დაკავშირებული. ამ კუთხით არსებული სირთულეები შედარებით ნაკლებად პრობლემურია კონკურენტი თუ სხვა ეკონომიკური აგენტებისთვის, ვინაიდან მათ, როგორც წესი, გააჩნიათ საკმარისი გამოცდილება და შესაბამისი მატერიალური და ადამიანური რესურსი საკუთარი ინტერესების სასამართლოს მეშვეობით დასაცავად. სრულიად განსხვავებული მდგომარეობაა მომხმარებლებთან მიმართებით. ეკონომიკური აგენტებისაგან განსხვავებით, საბოლოო მომხმარებლებს, არც საკმარისი გამოცდილება და არც სათანადო რესურსები გააჩნიათ განცდილი ზიანის სრული კომპენსაციის მოთხოვნით დამოუკიდებლად აწარმოონ სასამართლო დავა.

ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის საფუძველზე მომხმარებლების მიერ სასამართლო დავის ინიცირებისას ერთ-ერთ მნიშვნელოვან სირთულეს წარმოადგენს კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის ყოველ კონკრეტულ შემთხვევაში დაზარალებულ პირთა ზუსტი წრის განსაზღვრა. აღნიშნული სირთულის განმარტებულ უმთავრეს ფაქტორს წარმოა-

დგენს ის ფაქტი, რომ დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების შედეგად დაზარალებულ სუბიექტთა რაოდენობა ძალზე დიდია, მით უმეტეს, იმ შემთხვევაში, თუ მსგავსი ქმედება ფართო მოხმარების საქონელსა და მომსახურებას უკავშირდება.

გასათვალისწინებელია ის გარემოებაც, რომ ცალკე აღებული ერთი რომელიმე პირის მიერ განცდილი ზიანი შესაძლოა საკმაოდ მცირე იყოს. თუმცა, მსგავსი ქმედებების მასშტაბურობის გათვალისწინებით, მთლიანობაში დამდგარი ზიანი შესაძლებელია საკმაოდ სოლიდურ მოცულობასაც აღწევდეს.

კონკრეტული ინდივიდის მიერ განცდილი ზიანის სიმცირე სირთულეს ქმნის იმ კუთხით, რომ აღნიშნული სუბიექტისთვის კონკურენციის შემზღუდველი ქმედებით მიყენებული ზიანი შესაძლოა არ იყოს იმ მასშტაბის, რომელიც მას აღუძრავს სურვილსა და მოტივაციას ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნით მიმართოს სასამართლოს. აღნიშნული კი, ბუნებრივია, საფრთხის ქვეშ აყენებს კონკურენციის კანონმდებლობის კერძო აღსრულების ეფექტიანობას, ვინაიდან იგი დამოკიდებულია კონკურენციის შემზღუდველი ქმედებების შედეგად დაზარალებულ სუბიექტთა სურვილსა და შესაძლებლობაზე სასამართლოში დააყენონ სამართალდამრღვევის დელიქტური პასუხისმგებლობის საკითხი.

ამ პრობლემის აღმოფხვრისა და ევროპის კავშირის მასშტაბით ერთიანი ჰარმონიზებული მექანიზმების შესაქმნელად, ევროპის კავშირის დონეზე მიღებულ იქნა სპეციალური დირექტივა,<sup>43</sup> რომელიც ერთდროულად ემსახურება კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის შედეგად მიყენებული ზიანის სრულ კომპენსაციასა და კონკურენციის სამართლის კერძო აღსრულების ხელშეწყობას. დასახელებული მიზნიდან გამომდინარე, აღნიშნული დირექტი-

<sup>43</sup> Directive 2014/104/EU of the European Parliament and of the Council of 26 November 2014 on certain rules governing actions for damages under national law for infringements of the competition law provisions of the Member States and of the European Union Text with EEA relevance <http://data.europa.eu/eli/dir/2014/104/oj> (20.12.2019)



ვა წარმოადგენს ევროპული სასამართლოს მიერ მიღებული გადაწყვეტილების გამოძახილს, სადაც სასამართლო აღნიშნავს, რომ კონკურენციის სამართლის კერძო აღსრულების ეფექტიანი მექანიზმების შესაქმნელად მნიშვნელოვანია კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის უფლება გარანტირებული იყოს ნებისმიერი ინდივიდისთვის.<sup>44</sup>

კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის შედეგად მიყენებული ზიანის სრული კომპენსაციისა და კონკურენციის სამართლის კერძო აღსრულების ხელშეწყობის ერთ-ერთ საშუალებად ევროკომისიის მოსაზრებით შესაძლოა მიჩნეულ იქნეს ზიანის ანაზღაურების კოლექტიური მოთხოვნა.<sup>45</sup> აღნიშნული გულისხმობს, დაზარალებული მომხმარებლების სახელით მომხმარებელთა ასოციაციების მიერ საერთო ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნით სასამართლოში ერთიანი დავის წარმოებას, რომლის დაკმაყოფილების შემთხვევაში, სწორედ აღნიშნული ასოციაცია იქნება უფლებამოსილი უზრუნველყოს თითოეული მომხმარებელი სათანადო კომპენსაციით.

ზიანის ანაზღაურების კოლექტიური მოთხოვნა მიჩნეულ უნდა იქნეს ამ კუთხით ყველაზე პროდუქტიულ საშუალებად, ერთი მხრივ, დაზარალებული სუბიექტების მიერ განცდილი ზიანის კომპენსირებისა და მეორე მხრივ, ეფექტიანი კერძო აღსრულების ჩამოყალიბებისა და განვითარების კუთხით.<sup>46</sup> ამ საკითხთან მიმართებით ევროპის კავშირის დონეზე დაგროვილია საკმარისი გამოცდილება იმისათვის, რომ სრულყოფილი წარმოდგენა შეიქმნას თუ რის საფუძველზე და რა ფორმით არის შესაძლებელი ზიანის ანაზღაურების კოლექტიური მოთხოვნის პრაქტიკაში რეალიზება. ევროკომისიის მიერ მიღებული რეკომენდაციები<sup>47</sup> ერთმანეთისაგან განასხვავებს შეკავებისა და კომპენსაციის მოთხოვნებს. დასახელებული

რეკომენდაციის მე-3 მუხლის მიხედვით, შემაკავებელი კოლექტიური მოთხოვნა გულისხმობს კანონსაწინააღმდეგო ქმედების შეწყვეტასთან დაკავშირებით ორი ან მეტი ფიზიკური/იურიდიული პირის ან წარმომადგენლობითი უფლებამოსილებით აღჭურვილი სუბიექტის მიერ ერთიანი სამართლებრივი პროცედურების ინიცირებას. კომპენსაციის კოლექტიური მოთხოვნის გზით ორი ან მეტი ფიზიკური/იურიდიული პირის ან წარმომადგენლობითი უფლებამოსილებით აღჭურვილი სუბიექტის მიერ ხდება დამდგარი ზიანის ანაზღაურების უზრუნველყოფა.

კოლექტიური დავის წარმოების შემთხვევაში შესაძლებელია დიდი რაოდენობის პატარა მოთხოვნების გაერთიანება და ერთი სასამართლო დავის ფარგლებში შესაბამისი ზიანის ანაზღაურების ვალდებულების იმ სუბიექტისთვის დაკისრება, რომელმაც ბოროტად გამოიყენა მის ხელთ არსებული საბაზრო ძალაუფლება. აღნიშნულ მექანიზმს ასევე აქვს შესაძლებლობა შექმნას დიდი სტიმული კერძო ინდივიდებისა და ადვოკატებისათვის, რომ მოახდინონ კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის სასამართლოში ინიცირება. იგი იძლევა შესაძლებლობას, რომ კერძო სუბიექტები გახდნენ კონკურენციის კანონმდებლობის აღმასრულებლები.<sup>48</sup> აღნიშნული მიდგომა ასევე მოსახერხებელია მოპასუხე მხარისთვისაც, ვინაიდან იგი თავიდან აიცილებს ასობით მოთხოვნის საფუძველზე დაწყებულ სხვადასხვა დავას, რაც მას დროისა და რესურსების დაზოგვის შესაძლებლობას მისცემს.<sup>49</sup>

ზემოთქმულიდან გამომდინარე, კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან, მათ შორის, დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენებიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის სრულფასოვანი რეალიზებისა და კონკურენციის კანონმდებლობის ეფექტიანი კერძო აღსრულებისათვის აუცილებელია ქართულ რეალობაშიც დაიწყოს ფიქრი ზიანის ანაზღაურების კოლექტიური მოთხო-

<sup>44</sup> ECLI:EU:C:2006:461 “Manfredi” Joined cases C-295/04 to C-298/04 § 61.

<sup>45</sup> Commission staff working paper § 49.

<sup>46</sup> Moodaliyar/Reardon/Theurerkauf, The relationship between public and private enforcement, 152.

<sup>47</sup> Commission Recommendation.

<sup>48</sup> Damien, Collective Redress for Antitrust Damages, 1079.

<sup>49</sup> იქვე.

ვნის მექანიზმების შექმნაზე. აღნიშნული მნიშვნელოვან სტიმულსა და მოტივაციას მისცემს ინდივიდებს ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნით სასამართლოში მოახდინონ დავის წარმოების ინიცირება, რაც ეკონომიკური აგენტებისთვის შექმნის დამატებით წნეხს და ხელს შეუწყობს კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის ფაქტების პრევენციას.

## V. განსჯადი სასამართლო

როგორც დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენებიდან, ასევე კონკურენციის კანონმდებლობის სხვა სახის დარღვევიდან მომდინარე დელიქტურ პასუხისმგებლობაზე საუბრისას, ერთ-ერთ პრობლემურ საკითხს განსჯადი სასამართლოს განსაზღვრა წარმოადგენს. აღნიშნული განპირობებულია იმ ფაქტით, რომ კანონის 28-ე მუხლის მე-2 პუნქტი პირდაპირ მიუთითებს თბილისის საქალაქო სასამართლოზე, როგორც „ამ კანონის დარღვევის თაობაზე დავის“ განმხილველ სასამართლოზე. ამ კუთხით პრობლემურია იმის განსაზღვრა თუ რა სახის დავას ეხება აღნიშნული ჩანაწერი. კერძოდ, ეხება იგი მხოლოდ კონკურენციის კანონმდებლობის აღმასრულებელი უწყების მიერ მიღებული გადაწყვეტილებების გასაჩივრების შემთხვევებს, თუ იგი მოიცავს ასევე კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის თანმდევ ზიანის ანაზღაურების სამოქალაქოსამართლებრივი მოთხოვნის შემთხვევებსაც.

დომინირებული მდგომარეობის თანმდევი დელიქტური პასუხისმგებლობის შემთხვევაში დავის საგანია არა კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევა, არამედ ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნა სსკ-ის 992-ე მუხლის გაგებით. კანონის 28-ე მუხლში კი კანონმდებელი პირდაპირ მიუთითებს კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევასთან დაკავშირებულ დავაზე. შესაბამისად, კანონის 28-ე მუხლის ჩანაწერი ეხება დავას მხოლოდ კონკურენციის კანონმდებლობის აღმასრულებელ უწყებასა და შესაბამის სუბიექტს შორის. აღნიშნული დავა კი თავისი არსით ადმინისტრაციული სამართლის სფეროს განეკუთვნება იმდენად, რა-

მდენადაც კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის დადგენა შესაბამისი უფლებამოსილი ორგანოს მიერ ადმინისტრაციულსამართლებრივი აქტის გამოცემით ხდება. ხოლო, კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნა წარმოშობს ჩვეულებრივ სამოქალაქოსამართლებრივ დავას დაზარალებულ სუბიექტსა და სამართალდამრღვევს შორის. აქედან გამომდინარე, ამ სახის დავებზე უნდა გავრცელდეს არა კანონის 28-ე მუხლის დანაწესი, არამედ, საქართველოს სამოქალაქო საპროცესო სამართლით განსაზღვრული განსჯადობის საერთო წესები.

## VI. დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების შედეგად დამდგარი ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის ხანდაზმულობა

განსჯად სასამართლოსთან ერთად, დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების თანმდევი დელიქტური პასუხისმგებლობის განხილვისას ერთ-ერთი პრობლემური საკითხია ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის ხანდაზმულობის ვადების განსაზღვრა. აღნიშნული განპირობებულია იმ ფაქტით, რომ განსახილველი მოთხოვნის რეალიზების უზრუნველყოფა და ზიანის კომპენსირების რეალური და ეფექტიანი მექანიზმების შექმნა უმეტესწილად სწორედ მოთხოვნის ხანდაზმულობის ვადის გონივრულობაზეა დამოკიდებული.

ხანდაზმულობის დროითი ჩარჩოების გონივრულობის შეფასებისას, მნიშვნელოვანია მხედველობაში იქნეს მიღებული კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის თანმდევი დელიქტური მოთხოვნისა და ამ მოთხოვნის რეალიზებისათვის აუცილებელი კონკრეტული საშუალებების სპეციფიკა. ამ კუთხით აუცილებელია ყურადღება გამახვილდეს დასახელებული მოთხოვნის რეალიზების გზებზე, რომლებიც წინამდებარე ნაშრომის მეორე თავში იქნა განხილული, სადაც ერთმანეთისგან გაიმიჯნა ზიანის ანაზღაურების თანმდევი და განკერძოებული მოთხოვნები. ასევე აღინიშნა, რომ ზიანის ანაზღაურების განკერძოებული მოთხოვნა

უფრო კომპლექსური ხასიათით გამოიჩინა და ამ შემთხვევაში დაზარალებულ პირს სასამართლოში დამოუკიდებლად უწევს კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის ფაქტის არსებობის მტკიცება. ხოლო, თანმდევი მოთხოვნის შემთხვევაში მართლსაწინააღმდეგო ქმედების არსებობა შესაბამისი უწყების მიერ უკვე დადგენილია და დაზარალებული პირი მხოლოდ ზიანისა და მიზეზობრივი კავშირის მტკიცების ტვირთს ატარებს. აქედან გამომდინარე, ნათელია, რომ თანმდევი მოთხოვნა მიზნის მიღწევის უფრო ხელსაყრელ და პერსპექტიულ გზას წარმოადგენს, რომლის მეშვეობითაც დამდგარი ზიანის ანაზღაურების აღბათობა უფრო მაღალია.

თუმცა, ხანდაზმულობის შემჭიდროებულმა ვადებმა შესაძლოა თანმდევი მოთხოვნის რეალიზების გადაულახავი ბარიერი შექმნას. ამაზე მეტყველებს ევროპული სასამართლოს ერთ-ერთი განმარტებაც, რომლის მიხედვითაც, ნევრი სახელმწიფოების კანონმდებლობით გათვალისწინებული მოკლე ხანდაზმულობის ვადა და ამ ვადის შეჩერების შეუძლებლობა პრაქტიკულად გამორიცხავს კონკურენციის კანონმდებლობით აკრძალული ქმედების შედეგად დამდგარი ზიანის კომპენსირების შესაძლებლობას.<sup>50</sup> აღნიშნულ სირთულეს განაპირობებს ის ფაქტი, რომ შესაბამისი აღმასრულებელი უწყების მიერ კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის დადგენა და შემდეგ ამ გადაწყვეტილების კანონიერ ძალაში შესვლა წარმოადგენს კომპლექსურ პროცესს, რომელიც ძალზე დიდ დროს საჭიროებს.

კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის დასახელებული სირთულეებისა და ევროპული სასამართლოს შესაბამისი პრაქტიკის გათვალისწინებით, დირექტივა ითვალისწინებს ხანდაზმულობის სავალდებულო მინიმალურ ვადას და განსაზღვრავს ამ ვადის შეჩერების კონკრეტულ შემთხვევებს.

დირექტივის მე-10 მუხლის მიხედვით, მნიშვნელოვანია კონკურენციის კანონმდებლობის

დარღვევიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის ხანდაზმულობის ვადა იყოს სულ მცირე ხუთი წელი. იგი ადგენს კონკრეტულ შემთხვევებში ამ ვადის დენის შეჩერების აუცილებლობასაც. კერძოდ, დირექტივის მე-10 მუხლის მე-4 პუნქტის მიხედვით, ხანდაზმულობის ვადის დენა უნდა შეჩერდეს იმ შემთხვევაში, თუ კონკურენციის კანონმდებლობის აღმასრულებელი უწყება ახორციელებს მოკვლევას კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის იმ სავარაუდო ფაქტზე, რომელსაც უკავშირდება კონკრეტული პირისათვის ზიანის მიყენება. აქედან გამომდინარე, ნათელია, რომ დირექტივის მოთხოვნები ემსახურება კონკურენციის შემზღვეველი ქმედებებით გამოწვეული ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის ადეკვატური და შესაფერისი ხანდაზმულობის ვადის დადგენას. მსგავსი მიდგომა ევროპის კავშირის მასშტაბით უზრუნველყოფს კონკურენციის სამართლის კერძო აღსრულების ხელშეწყობასა და დაზარალებული სუბიექტების უფლებების აღდგენის რეალური მექანიზმების შექმნას. ხანდაზმულობის მსგავსი ვადა და მისი შეჩერების შესაძლებლობა დაზარალებული პირისთვის ქმნის სრულყოფილ შესაძლებლობას ჯერ კონკრეტული სუბიექტის მიერ კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევა აღმასრულებელი უწყების საშუალებით დაადგინოს (რომლის განმავლობაშიც ხანდაზმულობის ვადის დენა ჩერდება) და შესაბამისი გადაწყვეტილების კანონიერ ძალაში შესვლის შემდეგ მიყენებული ზიანის ანაზღაურებასთან დაკავშირებით დავა აწარმოოს სასამართლოში.

ქართულ რეალობაში ხანდაზმულობის საკითხის მარეგულირებელ სპეციალურ ნორმას კანონის 27-ე მუხლი წარმოადგენს, რომლის მიხედვით, კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან მომდინარე დავების ხანდაზმულობის ვადად განსაზღვრულია სამი წელი. დელიქტური პასუხისმგებლობისთვის იგივე ხანდაზმულობის ვადას ადგენს სსკ-ის 1008-ე მუხლიც.<sup>51</sup>

მოცემულ შემთხვევაში რთულია ზუსტად განისაზღვროს კანონმდებლობის რომელი და-

<sup>50</sup> ECLI:EU:C:2006:461 „Vincenzo Manfredi“ Joined cases C-295/04 to C-298/04 § 78.

<sup>51</sup> სუსგ ას-1322-2018, 04.04,2019, 180.

ნანესი წარმოადგენს კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის თანმდევი დელიქტური პასუხისმგებლობის ხანდაზმულობის ვადის დამდგენ სპეციალურ ნორმას. პრობლემურია იმის დადგენა, კანონის 27-ე მუხლი ეხება მხოლოდ კონკურენციის კანონმდებლობის აღსრულების საჯაროსამართლებრივი მექანიზმების გამოყენებას, თუ შესაძლებელია იგი ასევე გავრცელდეს აღნიშნული კანონმდებლობის დარღვევის თანმდევ ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნებზე. თუმცა, ორივე ნორმა ხანდაზმულობის ერთსა და იმავე ვადას ითვალისწინებს და შესაბამისად, ნათელია, რომ კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან, მათ შორის დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენებიდან, მომდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის ხანდაზმულობის ვადა სამ წელს შეადგენს.

იმისათვის, რომ ზუსტად შეფასდეს თუ რამდენად გონივრულია სამწლიანი ხანდაზმულობის ვადა კონკურენციის შემზღვეველი ქმედებების შედეგად წარმოშობილი დელიქტური მოთხოვნებისთვის, აუცილებელია მოხდეს ქართული კანონმდებლობის მიხედვით, შესაბამისი დარგის მარეგულირებელი ნორმების ანალიზი. პირველ რიგში, უნდა აღინიშნოს ის ფაქტი, რომ საქართველოს კონკურენციის სააგენტოს მიერ კანონით გათვალისწინებული საჩივრის დასაშვებობის შესწავლისა და მოკვლევის ვადები მთლიანობაში შესაძლებელია ერთ წელს გასცდეს. ამის შემდეგ, მხარეებს შესაძლებლობა აქვთ კონკურენციის სააგენტოს მიერ მოკვლევის შედეგად მიღებული გადაწყვეტილება გაასაჩივრონ სასამართლოში, სადაც საქმის განხილვა ასევე დიდ დროს მოითხოვს. მთლიანობაში, შესაბამისი აღმასრულებელი უწყების მიერ გადაწყვეტილების მიღებასა და ამ გადაწყვეტილების კანონიერ ძალაში შესვლას შესაძლოა სამ წელზე მეტიც დასჭირდეს, რაც გამორიცხავს ამ კუთხით თანმდევი დელიქტური მოთხოვნის გამოყენების შესაძლებლობას. ასევე, თუ გავითვალისწინებთ იმ გარემოებას, რომ აქტიურად განიხილება საქმის მოკვლევის კანონით გათვალისწინებული ვადების გაზრდა, ნათელი ხდება, რომ კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან მო-

მდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის ხანდაზმულობის სამწლიანი ვადა ამ მოთხოვნის რეალიზებისათვის ძალზე მცირე დროა. იგი ნაკლებად შეესაბამება კონკურენციის შემზღვეველი ქმედებების შედეგად წარმოშობილი ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის თავისებურებებს და არა მარტო მნიშვნელოვნად ზღუდავს, არამედ ფაქტობრივად გამორიცხავს კიდევ ამ მოთხოვნის პრაქტიკაში რეალიზების შესაძლებლობას. გარდა ამისა, ხანდაზმულობის სამწლიანი ვადა და ამ ვადის დენის შეჩერების შეუძლებლობა მნიშვნელოვნად არის აცდენილი ევროპის კავშირის თანამედროვე მიდგომებს და აფერხებს კონკურენციის სამართლის კერძო აღსრულების ეფექტიანი მექანიზმების ჩამოყალიბებას და მის შემდგომ განვითარებას. აქედან გამომდინარე, მიზანშეწონილია, კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის ხანდაზმულობის სპეციალური ვადის დადგენა, რომელიც შესაბამისობაში იქნება ამ მოთხოვნის მრავალმხრივ ფუნქციასთან და ადეკვატურად უპასუხებს მასთან დაკავშირებულ გამოწვევებს.

გარდა ამისა, კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის თანმდევი დელიქტური მოთხოვნის რეალიზებისათვის მნიშვნელოვანია ზუსტად იყოს განსაზღვრული ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის ხანდაზმულობის ვადის დენის დასაწყისიც. კანონის 27-ე მუხლი ამ კუთხით რაიმე სახის სპეციალურ მითითებას არ შეიცავს. თუმცა, სსკ-ის 1008-ე მუხლის მიხედვით, ხანდაზმულობის ვადის დენა იწყება იმ მომენტიდან, როდესაც დაზარალებულმა შეიტყო ზიანის ან ზიანის ანაზღაურებაზე ვალდებული პირის შესახებ. საქართველოს უზენაესი სასამართლოს განმარტებით, „მითითებული მუხლი განსაზღვრავს ვადას, რომლის განმავლობაშიც დაზარალებულს ზიანის მიმყენებლისაგან სასამართლო წესით ან მის გარეშე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნა შეუძლია და არ აქვს მნიშვნელობა, პერიოდულად შესასრულებელ ვალდებულებაზეა საუბარი, თუ ერთჯერადად გადასახდელ თანხაზე.“<sup>52</sup>

<sup>52</sup> სუსგ ას-247-237-2013, 01/07/2013.

საქართველოს უზენაესი სასამართლო ასევე ძალზე საინტერესო და ორიგინალურ განმარტებას აკეთებს სსკ-ის 1008-ე მუხლით გათვალისწინებული ხანდაზმულობის ვადის დენის საწყის მომენტთან დაკავშირებით. კერძოდ, სასამართლო აღნიშნავს, რომ აღნიშნული ნორმით გათვალისწინებული ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის ხანდაზმულობის ვადის დასაწყისი დამოკიდებულია ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის წესზე. ამ შემთხვევაში, სასამართლოს პოზიციით, ხანდაზმულობის ვადის დენის დაწყების საკითხი განსხვავებულად წყდება იმის მიხედვით თუ რა საპროცესოსამართლებრივ გზას აირჩევს მოსარჩელე - ჩვეულებრივი სასარჩელო წარმოების შემთხვევაში ხანდაზმულობის ვადის დენა დაიწყება იმ დღიდან, როცა დაზარალებულმა შეიტყო ზიანის ან ზიანის ანაზღაურებაზე ვალდებული პირის შესახებ, ხოლო სამოქალაქო საპროცესო კოდექსით გათვალისწინებული დელიქტით მიყენებული ზიანის ანაზღაურების შესახებ სარჩელის განხილვის გამარტივებული წესით განხილვის შემთხვევაში იმ მომენტიდან, როდესაც ადმინისტრაციული სამართალდარღვევის საქმეზე გამოცემული იქნა ადმინისტრაციულ-სამართლებრივი აქტი.<sup>53</sup> მოცემულ შემთხვევაში გაუგებარია თუ რა სამართლებრივ საფუძველს ემყარება უზენაესი სასამართლოს აღნიშნული განმარტება, ვინაიდან მატერიალური კანონი პირდაპირ განსაზღვრავს ხანდაზმულობის ვადის დენის საწყის ეტაპს, რომელიც ვერ იქნება იმაზე დამოკიდებული თუ რა საპროცესოსამართლებრივ მექანიზმს გამოიყენებს მოსარჩელე. ხანდაზმულობის ვადა და მისი საწყისი მომენტი ობიექტური კატეგორიაა და არ არის დამოკიდებული ამ მოთხოვნის რეალიზების საპროცესოსამართლებრივ მექანიზმზე. სსკ-ის 1008-ე მუხლი პირდაპირ განსაზღვრავს ვადის დენის საწყის მომენტს, რომელიც დაკავშირებულია იმ მომენტთან, როდესაც დაზარალებულმა სუბიექტმა შეიტყო ზიანის ან ზიანის ანაზღაურებაზე ვალდებული პირის შესახებ. ამ კუთხით არანაირი საგამონაკლისო საკანონმდებლო დათქმა არ არსებობს, რომლის სა-

ფუძველზეც შესაძლებელი იქნებოდა სასარჩელო წარმოების სხვადასხვა სახესთან მიმართებით ხანდაზმულობის ვადის დენის საწყისი მომენტის განსხვავებულად დადგენისათვის.

თუმცა, უნდა აღინიშნოს ის ფაქტიც, რომ საქართველოს უზენაესი სასამართლოს აღნიშნული განმარტება და მსგავსი პრაქტიკის დამკვიდრება ხელს უწყობს დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების შედეგად დაზარალებულ სუბიექტებს არ გაუშვან ხანდაზმულობის ვადები და მოახდინონ დარღვეული უფლებების აღდგენის უზრუნველყოფა. აღნიშნულის თქმის საფუძველს იძლევა ის ფაქტი, რომ დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების დადგენა შესაბამისი უფლებამოსილების მქონე ორგანოს მიერ ხდება ადმინისტრაციულსამართლებრივი აქტის გამოცემის გზით. შესაბამისად, უზენაესი სასამართლოს პრაქტიკის მიხედვით, ასეთ შემთხვევაში, თუ დაზარალებული პირი სამართალდამრღვევის პასუხისმგებლობის საკითხს სასამართლოში დააყენებს გამარტივებული წარმოების გზით, მაშინ ხანდაზმულობის ვადის დენა დაიწყება არა იმ მომენტიდან, როდესაც დაზარალებულმა სუბიექტმა შეიტყო შესაბამისი გარემოებების არსებობა, არამედ იმ მომენტიდან, როდესაც აღნიშნული ადმინისტრაციულსამართლებრივი აქტი შევა ძალაში.

მიუხედავად საქართველოს უზენაესი სასამართლოს აღნიშნული განმარტებისა, დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების და სხვა მსგავსი სამართალდარღვევების თანმდევი დელიქტური პასუხისმგებლობის ხანდაზმულობის ვადებთან დაკავშირებით ქართულ კანონმდებლობაში მყარი სამართლებრივი საფუძველი არ არსებობს. შესაბამისად, მოცემულ შემთხვევაში კანონმდებლობა ქმნის ისეთ მდგომარეობას, რომლის ფარგლებშიც დაზარალებულმა სუბიექტმა კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნა უნდა დააყენოს სამი წლის განმავლობაში იმ მომენტიდან, როდესაც მან შეიტყო ზიანის ან ზიანის ანაზღაურებაზე ვალდებული პირის შესახებ. თუმცა, კონკურენციის კანონმდებლობის აღმასრულებელი უწყების მიერ კანონდარღვევის

<sup>53</sup> სუსგ ას-1322-2018, 04.04.2019, 182.

დადგენის შესახებ გადაწყვეტილების მიღება და ამ გადაწყვეტილების კანონიერ ძალაში შესვლა შესაძლებელია ზიანის ან ზიანის ანაზღაურებაზე ვალდებული პირის შესახებ ინფორმაციის მიღებიდან სამი წლის განმავლობაში ვერ მოესწროს, რაც განსახილველი მოთხოვნის რეალიზების დამატებით გამომრიცხავ გარემოებას წარმოადგენს. ხანდაზმულობის საწყისი მომენტის ამ ფორმით განსაზღვრა ფაქტობრივად პერსპექტივას აცლის დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების თანმდევ დელიქტურ მოთხოვნებს.

საკითხის მსგავსი გადაწყვეტა დამატებით პრობლემას ქმნის ისეთ შემთხვევაში, როდესაც კანონსაწინააღმდეგო ქმედება არაერთჯერად და განგრძობად ხასიათს ატარებს. ასეთ დროს, თუ ხანდაზმულობის ვადის დენა დაიწყება დაზარალებული სუბიექტის მიერ რელევანტური გარემოებების შეტყობის მომენტიდან, შესაძლებელია ხანდაზმულობის ვადა გავიდეს მანამ, სანამ დასრულდება კანონდარღვევა, რაც ევროპული სასამართლოს განმარტებით, გამორიცხავს ამ ქმედების შედეგად დაზარალებული პირის შესაძლებლობას, დააყენოს კანონდამრღვევი სუბიექტის თანმდევი დელიქტური პასუხისმგებლობის საკითხი.<sup>54</sup>

მსგავსი პრობლემების პრევენციისა და ევროპის კავშირის მასშტაბით კონკურენციის სამართლის ერთგვაროვანი და ეფექტიანი კერძო აღსრულების უზრუნველყოფის მიზნით დირექტივა ევროპის კავშირის ნევრ სახელმწიფოებს ავალდებულებს, რომ კონკურენციის კანონმდებლობის საწინააღმდეგო ქმედებების შედეგად წარმოშობილი ზიანის ანაზღაურების ხანდაზმულობის ვადის დენა არ უნდა დაიწყოს კონკურენციის შემზღვეველი ქმედების დასრულებამდე, რაც განგრძობადი ან არაერთჯერადი ქმედების შედეგად წარმოშობილი ზიანის კომპენსაციის შესაძლებლობას უზრუნველყოფს.

ხანდაზმულობის ვადის დენის საწყისი მომენტის განსაზღვრასთან ერთად, როგორც ზემოთ აღინიშნა, დირექტივა ევროპის კავშირის

ნევრ სახელმწიფოებს ასევე ავალდებულებს გაითვალისწინონ ამ ვადის დენის შეჩერების შესაძლებლობაც. დირექტივის მე-10 მუხლის მე-4 პუნქტის მიხედვით, აუცილებელია ხანდაზმულობის ვადის დენა შეჩერდეს იმ შემთხვევაში, თუ შესაბამისი აღმასრულებელი უწყება ახორციელებს მოკვლევას კონკურენციის კანონმდებლობის იმ სავარაუდო დარღვევასთან დაკავშირებით, რომელსაც კონკრეტულ შემთხვევაში ეფუძნება ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნა. დირექტივის მოთხოვნის თანახმად, ასეთ შემთხვევაში ვადის დენა განახლდება შესაბამისი უწყების მიერ საბოლოო გადაწყვეტილების მიღებიდან არაუადრეს ერთი წლისა. ხანდაზმულობის ვადის დენის მსგავსი მექანიზმი უზრუნველყოფს კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის სახით მართლწინააღმდეგობის დადასტურების შემდეგ პირის სრულფასოვან შესაძლებლობას ზიანის ანაზღაურებასთან დაკავშირებით თანმდევი მოთხოვნის საფუძველზე დავა აწარმოოს სასამართლოში.

დირექტივის განხილული მიდგომებიდან ნათლად ჩანს, რომ ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის ხანდაზმულობის ვადის მაქსიმალური ფარგლების დადგენით იგი საფუძვლიანად იცავს დაზარალებული პირის ინტერესებს. გარდა ამისა, დირექტივით გათვალისწინებული ხანდაზმულობის ვადის საწყისი მომენტი და ვადის დენის შეჩერების მექანიზმი სრულფასოვნად უზრუნველყოფს დაზარალებული პირის შესაძლებლობას მიიღოს კონკურენციის შემზღვეველი ქმედების შედეგად მისთვის მიყენებული ზიანის სრული კომპენსაცია. საბოლოო ჯამში, შეიძლება ითქვას, რომ კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის თანმდევი დელიქტური პასუხისმგებლობის ხანდაზმულობის ვადებთან მიმართებით დირექტივაში მოცემული მიდგომები ევროპის კავშირის მასშტაბით უზრუნველყოფენ კონკურენციის სამართლის კერძო აღსრულების ეფექტიანი მექანიზმების შექმნას.

ზემოთ მოცემული ევროპული მიდგომების ანალიზი ცხადყოფს, რომ ქართული კანონმდებლობა დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების თანმდევი დელიქტური პასუხისმგებლობისა და ზოგადად, კონკურენ-

<sup>54</sup> ECLI:EU:C:2006:461 „Vincenzo Manfredi” Joined cases C-295/04 to C-298/04 § 79.

ნციის კანონმდებლობის კერძო აღსრულების კუთხით მნიშვნელოვან ხარვეზებს შეიცავს. ამ ნაკლოვანებების აღმოფხვრის მიზნით კი აუცილებელია ქართული კანონმდებლობითაც მოხდეს კონკურენციის სამართლის ამკრძალავი ნორმების დარღვევიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის სპეციალური ხანდაზმულობის ვადების გათვალისწინება და მისი დენის დაწყებისა თუ შეჩერების შემთხვევების მარეგულირებელი სპეციალური ნორმების შემოღება, რაც რეალურად ხელმისაწვდომს გახდის კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების შესაძლებლობას.

### დასკვნა

წინამდებარე ნაშრომში მოცემული მსჯელობის შედეგად გამოვლინდა, რომ დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების შედეგად დამგარი ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნა წარმოადგენს დელიქტური პასუხისმგებლობის სპეციალურ შემთხვევას, რომელიც ექცევა სსკ-ის 992-ე მუხლის მოქმედების ფარგლებში. ამასთან, დასავლური განვითარებული სახელმწიფოების და ევროპის კავშირის პრაქტიკაზე დაყრდნობით გამოიკვეთა კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევის შედეგად დამგარი ზიანის ანაზღაურების მნიშვნელობა კონკურენციის კანონმდებლობის აღსრულების პროცესში.

ნაშრომში ასევე გაანალიზებულ იქნა საქართველოს უზენაესი სასამართლოს პრაქტიკა სსკ-ის 992-ე მუხლთან მიმართებაში. გერმანულ მიდგომებზე დაყრდნობით კი გამოიკვეთა დელიქტური პასუხისმგებლობის ერთ-ერთი უმთავრესი წინაპირობის, მართლწინააღმდეგობის ელემენტები და მისი განსაზღვრის ფორმები. ასევე გამოვლინდა, რომ დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების შედეგად ნაკლებად სავარაუდოა აბსოლუტური სუბიექტური უფლებისთვის ზიანის მიყენება.

თუმცა, გერმანულ პრაქტიკაზე დაყრდნობით აღინიშნა, რომ დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების შემთხვევაში ხდება დამცავი კანონის დარღვევა და სწორედ ამ საფუძვლით უნდა იქნეს მიჩნეული აღნიშნული ქმედება მართლსაწინააღმდეგოდ.

დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების შედეგად დამგარ ზიანსა და ამ ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის მქონე სუბიექტებზე მსჯელობისას გამოიკვეთა ქართულ რეალობაში ზიანის ანაზღაურების კოლექტიური მოთხოვნის მექანიზმების შექმნის აუცილებლობა, რომელიც ხელს შეუწყობს კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის სრულფასოვან რეალიზებასა და კონკურენციის სამართლის ეფექტიან კერძო აღსრულებას.

არსებული საკანონმდებლო ბაზის ანალიზის შედეგად დადგინდა, რომ კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნა წარმოშობს ჩვეულებრივ სამოქალაქო სამართლებრივ დავას სამართალდამრღვევსა და დაზარალებულ სუბიექტს შორის. აქედან გამომდინარე, კანონის 28-ე მუხლის ჩანაწერის მიუხედავად, მასზე უნდა გავრცელდეს საქართველოს სამოქალაქო საპროცესო კანონმდებლობით დადგენილი განსჯადობის საერთო წესები.

ასევე გამოვლინდა, რომ დელიქტური პასუხისმგებლობისათვის სამოქალაქო კოდექსით დადგენილი ხანდაზმულობის ვადები პრაქტიკულად გამორიცხავს დომინირებული მდგომარეობის ბოროტად გამოყენების თანმდევ დელიქტურ პასუხისმგებლობას. აქედან გამომდინარე, ნაშრომში განსაკუთრებული ყურადღება გამახვილდა კონკურენციის კანონმდებლობის დარღვევიდან მომდინარე ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნებთან მიმართებით სპეციალური ხანდაზმულობის ვადების, ამ ვადების საწყისი მომენტისა და მისი შეჩერების შემთხვევების სპეციალური ნორმებით რეგულირების მნიშვნელობაზე.